

20. 10. 88

AA

Verordnung

der Bundesregierung

Verordnung

**über die Gewährung von Vorrechten und Immunitäten
an die Internationale Naturkautschukorganisation**

A. Zielsetzung

Das Internationale Naturkautschuk-Übereinkommen von 1987, das am 18. Dezember 1987 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet wurde und das am 22. Oktober 1987 ausgelaufene Übereinkommen von 1979 ablösen soll, bedarf nur hinsichtlich des Artikels 20 (Vorrechte und Immunitäten der Internationalen Naturkautschukorganisation) der Umsetzung in innerstaatliches Recht. Nach diesem Artikel sind die Vertragsstaaten verpflichtet, der Internationalen Naturkautschukorganisation Rechtspersönlichkeit zu verleihen. Im übrigen wird die Gewährung von Vorrechten und Immunitäten an die Organisation in der Bundesrepublik Deutschland allerdings nicht praktisch.

Wichtigstes Ziel auch des neuen Übereinkommens von 1987 ist es, mittels eines Ausgleichslagers die Preise für Naturkautschuk um den langfristigen Markttrend zu stabilisieren. Die hierzu in Export- und Importländern unterhaltenen Ausgleichslager sollen zu gleichen Teilen von Erzeuger- und Verbraucherländern finanziert werden, und zwar grundsätzlich auf der Basis der nach dem Handelsanteil errechneten Stimmrechte.

B. Lösung

Erlaß einer Rechtsverordnung der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates auf Grund der Ermächtigung in Artikel 3 des Gesetzes vom 22. Juni 1954 über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen vom 21. November 1947 und über die Gewährung von Vorrechten und Befreiungen an andere zwischenstaatliche Organisationen, der durch das Gesetz vom 16. August 1980 (BGBl. II S. 941) neu gefaßt wurde.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Es entstehen keine Kosten.

20. 10. 88

AA

Verordnung
der Bundesregierung

Verordnung
über die Gewährung von Vorrechten und Immunitäten
an die Internationale Naturkautschukorganisation

Bundesrepublik Deutschland

Der Bundeskanzler

121 (213) – 300 07 – Vo 2/88

Bonn, den 20. Oktober 1988

An den Herrn
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich die von der Bundesregierung beschlossene

Verordnung über die Gewährung von Vorrechten und Immunitäten an die
Internationale Naturkautschukorganisation

mit Begründung und Vorblatt.

Der Wortlaut des Übereinkommens in englischer Sprache mit deutscher
Übersetzung ist beigelegt.

Ich bitte, die Zustimmung des Bundesrates auf Grund des Artikels 80 Absatz 2
des Grundgesetzes herbeizuführen.

Federführend ist der Bundesminister des Auswärtigen.

Kohl

**Verordnung
über die Gewährung von Vorrechten und Immunitäten
an die Internationale Naturkautschukorganisation**

Vom

1988

Auf Grund des Artikels 3 des Gesetzes vom 22. Juni 1954 über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen vom 21. November 1947 und über die Gewährung von Vorrechten und Befreiungen an andere zwischenstaatliche Organisationen (BGBl. 1954 II S. 639), der durch das Gesetz vom 16. August 1980 (BGBl. II S. 941) neu gefaßt wurde, verordnet die Bundesregierung:

§ 1

Die Bestimmungen des Artikels II des Abkommens über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen vom 21. November 1947 (BGBl. 1954 II S. 639) finden sinngemäß auf die Internationale Naturkautschukorganisation nach Maßgabe des Artikels 20 Abs. 1 des Internationalen Naturkautschuk-Übereinkommens vom 20. März 1987 Anwendung. Das Übereinkommen wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

§ 2

Die Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit Artikel 4 des in der Eingangsformel genannten Gesetzes vom 22. Juni 1954, der durch das Gesetz vom 28. Februar 1964 (BGBl. II S. 187) neu gefaßt wurde, auch im Land Berlin.

§ 3

(1) Diese Verordnung tritt an dem Tage in Kraft, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 60 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt.

(2) Diese Verordnung tritt an dem Tage außer Kraft, an dem das Übereinkommen für die Bundesrepublik Deutschland außer Kraft tritt.

(3) Der Tag des Inkrafttretens und der Tag des Außerkrafttretens sind im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Bonn, den

1988

Der Bundeskanzler

Der Bundesminister des Auswärtigen

Der Bundesminister für Wirtschaft

Begründung zur Rechtsverordnung

1. Das Internationale Naturkautschuk-Übereinkommen vom 20. März 1987 ist am 18. Dezember 1987 im Namen der Bundesregierung in New York unterzeichnet worden. Das Übereinkommen ist von den größten Erzeugerländern Malaysia und Indonesien bereits ratifiziert und vom drittgrößten Erzeugerland Thailand und den wichtigsten Verbraucherländern (USA, Mitgliedstaaten der EG, Japan) unterzeichnet worden. Es soll das am 22. Oktober 1987 ausgelaufene Übereinkommen von 1979 ablösen.

Wichtigstes Ziel auch des neuen Übereinkommens ist es, die Naturkautschukpreise mittels eines Ausgleichslagers (bis 550 000 t) um den langfristigen Markttrend zu stabilisieren. Die hierzu in Export- und Importländern unterhaltenen Ausgleichslager sollen zu gleichen Teilen von Erzeugern und Verbrauchern (Regierungsbeiträge) finanziert werden, und zwar grundsätzlich auf der Basis der nach dem Handelsanteil errechneten Stimmrechte.

Das neue Übereinkommen sieht – unter Beibehaltung der bisherigen Abkommenspreise und der (bis August 1987 zu ca. 2/3 aufgefüllten, seitdem aber durch Lagerverkäufe merklich entlasteten) Lagerkapazität – eine wesentliche Verstärkung des Mechanismus zur Anpassung der Abkommenspreise an die Marktentwicklung vor.

Die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland entspricht ihrer Politik, konstruktiv an der Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit mitzuwirken. Die Bundesregierung steht marktintervenierenden Rohstoffabkommen allerdings kritisch gegenüber und hält zur Bewältigung des notwendigen Strukturwandels der Rohstoffländer andere Maßnahmen für geeigneter (Förderung von Forschung und Entwicklung sowie Weiterverarbeitung und Vermarktung von Rohstoffen, Diversifizierung, Abbau von Handelshemmnissen). Beim Naturkautschuk-Übereinkommen hat sich die Bundesregierung gleichwohl für eine weitere Teilnahme angesichts der – vor allem auch auf Grund einer konsequenten deutschen und EG-Haltung – erreichten wesentlichen Verbesserungen (insbesondere noch stärkere Berücksichtigung der Marktrealitäten bei der Preisanpassung) entschieden.

2. Das Naturkautschuk-Übereinkommen bedarf nur hinsichtlich des Artikels 20 (Vorrechte und Immunitäten der Internationalen Naturkautschukorganisation) der

Umsetzung in innerstaatliches Recht. Hierfür ist eine Rechtsverordnung der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates erforderlich auf Grund des Artikels 3 des Gesetzes vom 22. Juni 1954 über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen und über die Gewährung von Vorrechten und Befreiungen an andere zwischenstaatliche Organisationen (BGBl. 1954 II S. 639), der durch das Gesetz vom 16. August 1980 (BGBl. II S. 941) neu gefaßt wurde.

Die Verordnung führt nicht zu einer zusätzlichen kostenmäßigen Belastung und hat daher auch keine preistlichen Auswirkungen, da sie lediglich der Internationalen Naturkautschukorganisation Rechtspersönlichkeit verleiht.

3. Zu § 1:

Nach Artikel 20 Abs. 1 des Übereinkommens sind die Vertragsstaaten verpflichtet, der Internationalen Naturkautschukorganisation Rechtspersönlichkeit zu verleihen. Diese Bestimmung hat im Hinblick auf die Außenwirkungen der Rechtsfähigkeit im Rechtsverkehr normative Wirkung und bedarf daher der Umsetzung in innerstaatliches Recht. Die Organisation soll im übrigen zur Zeit nur in Malaysia Vorrechte und Immunitäten erhalten, da nach dem Übereinkommen Kuala Lumpur (weiterhin) Sitz der Organisation ist. Die Organisation und ihre Bediensteten genießen somit in der Bundesrepublik Deutschland derzeit keine Vorrechte und Immunitäten. – In § 1 ist auch die Veröffentlichung des Übereinkommens vorgesehen.

Zu § 2:

Das Übereinkommen soll auch auf das Land Berlin Anwendung finden. Die Verordnung enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu § 3:

Diese Bestimmung entspricht in ihrem Absatz 1 dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes. Sie regelt das Inkrafttreten der Verordnung zu dem Zeitpunkt, zu dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 60 für die Bundesrepublik Deutschland völkerrechtlich verbindlich wird. Sie regelt ferner das Außerkrafttreten der Verordnung.

Internationales Naturkautschuk-Übereinkommen von 1987

International Natural Rubber Agreement, 1987

(Übersetzung)

Contents		Inhaltsverzeichnis	
	Article		Artikel
Preamble		Präambel	
Chapter I		Kapitel I	
Objectives		Zielsetzung	
Objectives	1	Zielsetzung	1
Chapter II		Kapitel II	
Definitions		Begriffsbestimmungen	
Definitions	2	Begriffsbestimmungen	2
Chapter III		Kapitel III	
Organization and Administration		Organisation und Verwaltung	
Establishment, headquarters and structure of the International Natural Rubber Organization	3	Errichtung, Sitz und Aufbau der Internationalen Naturkautschukorganisation	3
Membership in the Organization	4	Mitgliedschaft in der Organisation	4
Membership by intergovernmental organizations	5	Mitgliedschaft zwischenstaatlicher Organisationen	5
Chapter IV		Kapitel IV	
The International Natural Rubber Council		Der Internationale Naturkautschukrat	
Composition of the International Natural Rubber Council ..	6	Zusammensetzung des Internationalen Naturkautschukrats	6
Powers and functions of the Council	7	Befugnisse und Aufgaben des Rates	7
Delegation of powers	8	Übertragung von Befugnissen	8
Co-operation with other organizations	9	Zusammenarbeit mit anderen Organisationen	9
Admission of observers	10	Zulassung von Beobachtern	10
Chairman and Vice-Chairman	11	Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender	11
Executive Director, Buffer Stock Manager and other staff ..	12	Exekutivdirektor, Leiter des Ausgleichslagers und sonstiges Personal	12
Sessions	13	Tagungen	13
Distribution of votes	14	Verteilung der Stimmen	14
Voting procedure	15	Abstimmungsverfahren	15
Quorum	16	Beschlußfähigkeit	16
Decisions	17	Beschlüsse	17
Establishment of committees	18	Einsetzung von Ausschüssen	18
Panel of experts	19	Sachverständigengruppe	19
Chapter V		Kapitel V	
Privileges and Immunities		Vorrechte und Immunitäten	
Privileges and immunities	20	Vorrechte und Immunitäten	20
Chapter VI		Kapitel VI	
Accounts and Audit		Rechnungslegung und Rechnungsprüfung	
Financial accounts	21	Finanzkonten	21
Form of payment	22	Form der Zahlung	22
Audit	23	Prüfung	23

Chapter VII	
The Administrative Account	
Approval of the administrative budget and assessment of contributions	24
Payment of contributions to the administrative budget	25

Chapter VIII	
The Buffer Stock	
Size of the Buffer Stock	26
Financing of the Buffer Stock	27
Payment of contributions to the Buffer Stock Account	28
Price range	29
Operation of the Buffer Stock	30
Review and revision of the price range	31
Market indicator price	32
Composition of buffer stocks	33
Location of buffer stocks	34
Rotation of buffer stocks	35
Restriction or suspension of buffer stock operations	36
Penalties relating to contributions to the Buffer Stock Account	37
Adjustment of contributions to the Buffer Stock Account ...	38
The Buffer Stock and changes in exchange rates	39
Liquidation procedures for the Buffer Stock Account	40

Chapter IX	
Relationship with the Common Fund for Commodities	
Relationship with the Common Fund for Commodities	41

Chapter X	
Supply and Market Access and Other Measures	
Supply and market access	42
Other measures	43

Chapter XI	
Consultation on Domestic Policies	
Consultation	44

Chapter XII	
Statistics, Studies and Information	
Statistics and information	45
Annual assessment, estimates and studies	46
Annual review	47

Chapter XIII	
Miscellaneous	
General obligations and liabilities of members	48
Obstacles to trade	49
Transportation and market structure of natural rubber	50
Differential and remedial measures	51
Relief from obligations	52
Fair labour standards	53

Chapter XIV	
Complaints and Disputes	
Complaints	54
Disputes	55

Kapitel VII	
Das Verwaltungskonto	
Genehmigung des Verwaltungshaushalts und Festsetzung der Beiträge	24
Zahlung von Beiträgen zum Verwaltungshaushalt	25

Kapitel VIII	
Das Ausgleichslager	
Umfang des Ausgleichslagers	26
Finanzierung des Ausgleichslagers	27
Zahlung von Beiträgen zum Ausgleichslagerkonto	28
Preisspanne	29
Geschäftstätigkeit des Ausgleichslagers	30
Überprüfung und Änderung der Preisspanne	31
Durchschnittlicher Marktpreis	32
Zusammensetzung der Ausgleichslagerbestände	33
Standort der Ausgleichslager	34
Umwälzung der Ausgleichslagerbestände	35
Einschränkung oder Aussetzung der Geschäftstätigkeit des Ausgleichslagers	36
Bußen im Zusammenhang mit Beiträgen zum Ausgleichslagerkonto	37
Bereinigung der Beiträge zum Ausgleichslagerkonto	38
Ausgleichslager und Wechselkursänderungen	39
Auflösungsverfahren für das Ausgleichslagerkonto	40

Kapitel IX	
Verhältnis zum Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe	
Verhältnis zum Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe	41

Kapitel X	
Versorgung und Marktzugang sowie sonstige Maßnahmen	
Versorgung und Marktzugang	42
Sonstige Maßnahmen	43

Kapitel XI	
Konsultationen über innerstaatliche Maßnahmen	
Konsultationen	44

Kapitel XII	
Statistik, Untersuchungen und Information	
Statistik und Information	45
Jährliche Bewertung, Schätzungen und Untersuchungen ..	46
Jährliche Überprüfung	47

Kapitel XIII	
Verschiedene Bestimmungen	
Allgemeine Verpflichtungen und Haftung der Mitglieder ...	48
Handelshemmnisse	49
Beförderung und Marktstruktur auf dem Gebiet des Naturkautschuks	50
Abgestufte Maßnahmen und Hilfsmaßnahmen	51
Befreiung von Verpflichtungen	52
Gerechte Arbeitsbedingungen	53

Kapitel XIV	
Beschwerden und Streitigkeiten	
Beschwerden	54
Streitigkeiten	55

Chapter XV
Final Provisions

Signature	56
Depositary	57
Ratification, acceptance and approval	58
Notification of provisional application	59
Entry into force	60
Accession	61
Amendments	62
Withdrawal	63
Exclusion	64
Settlement of accounts with withdrawing or excluded members or members unable to accept an amendment	65
Duration, extension and termination	66
Reservations	67

Annexes

Annex A	Shares of individual exporting countries in total net exports of countries, as established for the purposes of article 60
Annex B	Shares of individual importing countries and groups of countries in total net imports of countries, as established for the purposes of article 60
Annex C	Cost of the Buffer Stock as estimated by the President of the United Nations Conference on Natural Rubber, 1985

Kapitel XV
Schlußbestimmungen

Unterzeichnung	56
Verwahrer	57
Ratifikation, Annahme und Genehmigung	58
Notifikation der vorläufigen Anwendung	59
Inkrafttreten	60
Beitritt	61
Änderungen	62
Rücktritt	63
Ausschluß	64
Kontenabrechnung mit zurücktretenden oder ausgeschlossenen Mitgliedern oder Mitgliedern, die nicht in der Lage sind, eine Änderung anzunehmen	65
Geltungsdauer, Verlängerung und Außerkraftsetzung	66
Vorbehalte	67

Anlagen

Anlage A	Anteile der einzelnen Ausfuhrländer an den Gesamt-nettoausfuhren der Länder, wie sie für die Zwecke des Artikels 60 festgesetzt sind
Anlage B	Anteile der einzelnen Einfuhrländer und Ländergruppen an den Gesamtnettoeinfuhren der Länder, wie sie für die Zwecke des Artikels 60 festgesetzt sind.
Anlage C	Kosten des Ausgleichslagers nach Schätzung des Präsidenten der Konferenz der Vereinten Nationen über Naturkautschuk von 1985

Preamble

The contracting parties,

Recalling the Declaration and the Programme of Action on the Establishment of a New International Economic Order,*)

Recognizing in particular the importance of the United Nations Conference on Trade and Development resolution 93 (IV), adopted at its fourth session, resolution 124 (V), adopted at its fifth session, and resolution 155 (VI), adopted at its sixth session, on the Integrated Programme for Commodities,

Recognizing the importance of natural rubber to the economies of members, particularly to the exports of exporting members and to supply requirements of importing members,

Recognizing further that the stabilization of natural rubber prices is in the interests of producers, consumers and natural rubber markets, and that an international natural rubber agreement can significantly assist the growth and development of the natural rubber industry to the benefit of both producers and consumers,

Have agreed as follows:

Chapter I Objectives

Article 1 Objectives

The objectives of the International Natural Rubber Agreement, 1987 (hereinafter referred to as "this Agreement"), with a view to achieving the relevant objectives as adopted by the United Nations Conference on Trade and Development in its resolutions 93 (IV), 124 (V) and 155 (VI) on the Integrated Programme for Commodities, are inter alia as follows:

- (a) To achieve a balanced growth between the supply of and demand for natural rubber, thereby helping to alleviate the serious difficulties arising from surpluses or shortages of natural rubber;
- (b) To achieve stable conditions in natural rubber trade through avoiding excessive natural rubber price fluctuations, which adversely affect the long-term interests of both producers and consumers, and stabilizing these prices without distorting long-term market trends, in the interests of producers and consumers;
- (c) To help stabilize the export earnings from natural rubber of exporting members, and to increase their earnings based on expanding natural rubber export volumes at fair and remunerative prices, thereby helping to provide the necessary incentives for a dynamic and rising rate of production and the resources for accelerated economic growth and social development;
- (d) To seek to ensure adequate supplies of natural rubber to meet the requirements of importing members at fair and reasonable prices and to improve the reliability and continuity of these supplies;

Präambel

Die Vertragsparteien –

eingedenk der Erklärung und des Aktionsprogramms über die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung*),

in Erkenntnis der Bedeutung, die insbesondere der von der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung auf ihrer vierten Tagung angenommenen Entschließung 93 (IV), der auf ihrer fünften Tagung angenommenen Entschließung 124 (V) und der auf ihrer sechsten Tagung angenommenen Entschließung 155 (VI) über das Integrierte Rohstoffprogramm zukommt,

in Erkenntnis der Bedeutung des Naturkautschuks für die Wirtschaft der Mitglieder, vor allem für die Ausfuhr der Ausfuhrmitglieder und für die Versorgung der Einfuhrmitglieder,

sowie in der Erkenntnis, daß die Stabilisierung der Naturkautschukpreise im Interesse der Erzeuger, Verbraucher und Naturkautschukmärkte liegt und daß ein internationales Naturkautschuk-Übereinkommen wesentlich zum Wachstum und zur Entwicklung der Naturkautschukwirtschaft zum Nutzen sowohl der Erzeuger als auch der Verbraucher beitragen kann –

sind wie folgt übereingekommen:

Kapitel I Zielsetzung

Artikel 1 Zielsetzung

Die Ziele des Internationalen Naturkautschuk-Übereinkommens von 1987 (im folgenden als „dieses Übereinkommen“ bezeichnet) im Hinblick auf die Erreichung der von der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung in ihren Entschließungen 93 (IV), 124 (V) und 155 (VI) über das Integrierte Rohstoffprogramm angenommenen einschlägigen Ziele sind unter anderem folgende:

- a) ein ausgewogenes Wachstum für Angebot und Nachfrage in bezug auf Naturkautschuk herzustellen und dadurch zur Milderung der ernsthaften Schwierigkeiten beizutragen, die sich aus Überschüssen oder Verknappungen von Naturkautschuk ergeben;
- b) stabile Bedingungen im Naturkautschukhandel dadurch herbeizuführen, daß übermäßige Schwankungen des Naturkautschukpreises, welche die langfristigen Interessen sowohl der Erzeuger als auch der Verbraucher nachteilig beeinflussen, vermieden und diese Preise ohne Verzerrung der langfristigen Markttendenzen im Interesse von Erzeugern und Verbrauchern stabilisiert werden;
- c) zur Stabilisierung der Ausfuhrerlöse der Ausfuhrmitglieder für Naturkautschuk beizutragen und ihre Einnahmen durch die Ausweitung der Ausfuhrmenge an Naturkautschuk zu gerechten und lohnenden Preisen zu erhöhen und dadurch zur Schaffung der erforderlichen Anreize für eine dynamische und steigende Produktionsrate und zur Bereitstellung der Mittel für ein beschleunigtes Wirtschaftswachstum und eine raschere soziale Entwicklung beizutragen;
- d) die Gewährleistung eines angemessenen Angebots an Naturkautschuk zur Deckung des Bedarfs der Einfuhrmitglieder zu gerechten und angemessenen Preisen anzustreben und die Zuverlässigkeit und Stetigkeit dieses Angebots zu verbessern;

*) General Assembly resolutions 3201 (S-VI) and 3202 (S-VI) of 1 May 1974.

*) Entschließungen 3201 (S-VI) und 3202 (S-VI) der Generalversammlung vom 1. Mai 1974

- (e) To take feasible steps in the event of a surplus or shortage of natural rubber to mitigate the economic difficulties that members might encounter;
 - (f) To seek to expand international trade in and to improve market access for natural rubber and processed products thereof;
 - (g) To improve the competitiveness of natural rubber by encouraging research and development on the problems of natural rubber;
 - (h) To encourage the efficient development of the natural rubber economy by seeking to facilitate and promote improvements in the processing, marketing and distribution of raw natural rubber; and
 - (i) To further international co-operation in and consultations on natural rubber matters affecting supply and demand, and to facilitate promotion and co-ordination of natural rubber research, assistance and other programmes.
- e) durchführbare Maßnahmen im Fall eines Überschusses oder einer Verknappung von Naturkautschuk zu treffen, um die den Mitgliedern entstehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu mildern;
 - f) eine Ausweitung des internationalen Handels mit Naturkautschuk und den daraus gewonnenen Erzeugnissen sowie eine Verbesserung des Marktzugangs für Naturkautschuk und diese Erzeugnisse anzustreben;
 - g) die Wettbewerbsfähigkeit des Naturkautschuks durch die Förderung von Forschung und Entwicklung hinsichtlich der Probleme des Naturkautschuks zu verbessern;
 - h) die leistungsfähige Entwicklung der Naturkautschukwirtschaft durch Bemühungen um die Erleichterung und Förderung von Verbesserungen bei der Bearbeitung, Vermarktung und Verteilung von Rohnaturkautschuk zu fördern und
 - i) die internationale Zusammenarbeit und Konsultationen in Fragen des Naturkautschuks im Zusammenhang mit Angebot und Nachfrage zu begünstigen und die Förderung und Koordinierung von Forschungs-, Hilfs- und anderen Programmen auf dem Gebiet des Naturkautschuks zu erleichtern.

Chapter II

Definitions

Article 2

Definitions

For the purposes of this Agreement:

- (1) "Natural rubber" means the unvulcanized elastomer, whether in solid or liquid forms, from *Hevea brasiliensis* and any other plant which the Council may decide for the purposes of this Agreement;
- (2) "Contracting party" means a Government, or an inter-governmental organization referred to in article 5, which has consented to be bound by this Agreement provisionally or definitively;
- (3) "Member" means a contracting party as defined in definition (2) above;
- (4) "Exporting member" means a member which exports natural rubber and has declared itself to be an exporting member, subject to the agreement of the Council;
- (5) "Importing member" means a member which imports natural rubber and has declared itself to be an importing member, subject to the agreement of the Council;
- (6) "Organization" means the International Natural Rubber Organization referred to in article 3;
- (7) "Council" means the International Natural Rubber Council referred to in article 6;
- (8) "Special vote" means a vote requiring at least two thirds of the votes cast by exporting members present and voting and at least two thirds of the votes cast by importing members present and voting, counted separately, on condition that these votes are cast by at least half the members in each category present and voting;
- (9) "Exports of natural rubber" means any natural rubber which leaves the customs territory of any member, and "imports of natural rubber" means any natural rubber which enters the domestic commerce in the customs territory of any member, provided that for the purposes of these definitions, customs territory shall, in the case of a member which comprises more than one customs territory, be deemed to refer to the combined customs territories of that member;
- (10) "Distributed simple majority vote" means a vote requiring more than half of the total votes of exporting members

Kapitel II

Begriffsbestimmungen

Artikel 2

Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Übereinkommens

- 1. bedeutet „Naturkautschuk“ den unvulkanisierten Elastomer, gleichviel ob in fester oder flüssiger Form, von *Hevea brasiliensis* sowie jeder anderen Pflanze, die der Rat für die Zwecke dieses Übereinkommens bestimmt;
- 2. bedeutet „Vertragspartei“ eine Regierung oder eine in Artikel 5 bezeichnete zwischenstaatliche Organisation, die zugestimmt hat, durch dieses Übereinkommen vorläufig oder endgültig gebunden zu sein;
- 3. bedeutet „Mitglied“ eine Vertragspartei im Sinne der Begriffsbestimmung unter Nummer 2;
- 4. bedeutet „Ausfuhrmitglied“ vorbehaltlich der Zustimmung des Rates ein Mitglied, das Naturkautschuk ausführt und sich zum Ausfuhrmitglied erklärt hat;
- 5. bedeutet „Einfuhrmitglied“ vorbehaltlich der Zustimmung des Rates ein Mitglied, das Naturkautschuk einführt und sich zum Einfuhrmitglied erklärt hat;
- 6. bedeutet „Organisation“ die in Artikel 3 genannte Internationale Naturkautschukorganisation;
- 7. bedeutet „Rat“ den in Artikel 6 genannten Internationalen Naturkautschukrat;
- 8. bedeutet „besondere Abstimmung“ eine Abstimmung, die mindestens zwei Drittel der von den anwesenden und abstimmenden Ausfuhrmitgliedern abgegebenen und mindestens zwei Drittel der von den anwesenden und abstimmenden Einfuhrmitgliedern abgegebenen und getrennt gezählten Stimmen erfordert, unter der Voraussetzung, daß diese Stimmen von mindestens der Hälfte der anwesenden und abstimmenden Mitglieder jeder Kategorie abgegeben werden;
- 9. bedeutet „Naturkautschukausführen“ jeden Naturkautschuk, der aus dem Zollgebiet eines Mitglieds verbracht, und „Naturkautschukeinführen“ jeden Naturkautschuk, der in den Binnenhandel im Zollgebiet eines Mitglieds verbracht wird; dabei bezieht sich der Ausdruck Zollgebiet im Sinne dieser Begriffsbestimmungen im Fall eines Mitglieds, das mehr als ein Zollgebiet umfaßt, auf sein gesamtes Zollgebiet;
- 10. bedeutet „Abstimmung mit beiderseitiger einfacher Mehrheit“ eine Abstimmung, die mehr als die Hälfte der Gesamt-

present and voting and more than half of the total votes of importing members present and voting, counted separately;

- (11) "Freely usable currencies" means the deutsche mark, the French franc, the Japanese yen, the pound sterling, and the United States dollar;
- (12) "Financial year" means the period from 1 January to 31 December inclusive;
- (13) "Entry into force" means the date on which this Agreement enters into force provisionally or definitively in accordance with article 60;
- (14) "Tonne" means a metric ton, i. e. 1,000 kilogrammes;
- (15) "Malaysian/Singapore cent" means the average of the Malaysian sen and the Singapore cent at the prevailing rates of exchange;
- (16) "Time-weighted net contribution of a member" means its net cash contributions weighted by the number of days during which the constituent parts of the net cash contribution have stayed at the disposition of the Buffer Stock. In calculating the number of days, the day when the contribution was received by the Organization will not be taken into account, nor the day when the reimbursement was effected, nor the day when this Agreement terminates.

Chapter III

Organization and Administration

Article 3

Establishment, headquarters and structure of the International Natural Rubber Organization

1. The International Natural Rubber Organization, established by the International Natural Rubber Agreement, 1979, shall continue in being for the purpose of administering the provisions and supervising the operation of this Agreement.

2. The Organization shall function through the International Natural Rubber Council, its Executive Director and its staff, and such other bodies as are provided for in this Agreement.

3. Subject to the requirement in paragraph 4 of this article, the headquarters of the Organization shall be in Kuala Lumpur, unless the Council, by special vote, decides otherwise.

4. The headquarters of the Organization shall at all times be located in the territory of a member.

Article 4

Membership in the Organization

1. There shall be two categories of membership, namely,
 - (a) Exporting; and
 - (b) Importing.

2. The Council shall establish criteria regarding a change by a member in its category of membership as defined in paragraph 1 of this article, taking fully into account the provisions of articles 24 and 27. A member which meets such criteria may change its category of membership subject to the agreement of the Council by special vote.

3. Each contracting party shall constitute a single member of the Organization.

Article 5

Membership by Intergovernmental organizations

1. Any reference in this Agreement to a "Government" or "Governments" shall be construed as including a reference to the European Economic Community and to any intergovernmental

stimmen der anwesenden und abstimmenden Ausführungsmitglieder und mehr als die Hälfte der Gesamtstimmen der anwesenden und abstimmenden Einfuhrmitglieder, die getrennt gezählt werden, erfordert;

11. bedeutet „frei verwendbare Währungen“ die Deutsche Mark, den französischen Franc, den japanischen Yen, das Pfund Sterling und den Dollar der Vereinigten Staaten;
12. bedeutet „Rechnungsjahr“ den Zeitabschnitt vom 1. Januar bis zum 31. Dezember;
13. bedeutet „Inkrafttreten“ den Zeitpunkt, zu dem dieses Übereinkommen nach Artikel 60 vorläufig oder endgültig in Kraft tritt;
14. bedeutet „Tonne“ eine metrische Tonne, d. h. 1 000 kg;
15. bedeutet „malaysischer/singapurischer Cent“ den Durchschnittswert des malaysischen Sen und des singapurischen Cent zu den jeweils geltenden Wechselkursen;
16. bedeutet „zeitgewichteter Nettobeitrag eines Mitglieds“ seine Nettobarbeiträge, gewichtet mit der Zahl der Tage, an denen die Bestandteile des Nettobarbeitrags dem Ausgleichslager zur Verfügung standen. Bei der Berechnung der Anzahl der Tage werden der Tag, an dem der Beitrag bei der Organisation einging, der Tag, an dem die Erstattung erfolgte, und der Tag, an dem dieses Übereinkommen außer Kraft tritt, nicht berücksichtigt.

Kapitel III

Organisation und Verwaltung

Artikel 3

Errichtung, Sitz und Aufbau der Internationalen Naturkautschukorganisation

(1) Die Internationale Naturkautschukorganisation, die durch das Internationale Naturkautschuk-Übereinkommen von 1979 errichtet wurde, bleibt weiter bestehen, um dieses Übereinkommen durchzuführen und seine Anwendung zu überwachen.

(2) Die Organisation wird durch den Internationalen Naturkautschukrat, ihren Exekutivdirektor und ihr Personal sowie in diesem Übereinkommen vorgesehene sonstige Gremien tätig.

(3) Vorbehaltlich des Absatzes 4 befindet sich der Sitz der Organisation in Kuala Lumpur, sofern nicht der Rat durch besondere Abstimmung etwas anderes beschließt.

(4) Der Sitz der Organisation befindet sich stets im Hoheitsgebiet eines Mitglieds.

Artikel 4

Mitgliedschaft in der Organisation

- (1) Es gibt zwei Kategorien von Mitgliedern, nämlich
 - a) Ausfuhrmitglieder und
 - b) Einfuhrmitglieder.

(2) Der Rat stellt Maßstäbe für den Wechsel der Mitgliederkategorie nach Absatz 1 durch ein Mitglied auf, wobei er die Artikel 24 und 27 voll berücksichtigt. Ein Mitglied, das diesen Maßstäben genügt, kann seine Mitgliederkategorie vorbehaltlich der Zustimmung des Rates durch besondere Abstimmung wechseln.

(3) Jede Vertragspartei stellt ein einziges Mitglied der Organisation dar.

Artikel 5

Mitgliedschaft zwischenstaatlicher Organisationen

(1) Jede Bezugnahme in diesem Übereinkommen auf eine „Regierung“ oder „Regierungen“ gilt gleichzeitig als Bezugnahme auf die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und jede zwischen-

organization having responsibilities in respect of the negotiation, conclusion and application of international agreements, in particular commodity agreements. Accordingly, any reference in this Agreement to signature, ratification, acceptance or approval, or to notification of provisional application, or to accession shall, in the case of such intergovernmental organizations, be construed as including a reference to signature, ratification, acceptance or approval, or to notification of provisional application, or to accession, by such intergovernmental organizations.

2. In the case of votes on matters within their competence, such intergovernmental organizations shall exercise their voting rights with a number of votes equal to the total number of votes attributed, in accordance with article 14, to their member States. In such cases, the member States of such intergovernmental organizations shall not exercise their individual voting rights.

Chapter IV

The International Natural Rubber Council

Article 6

Composition of the International Natural Rubber Council

1. The highest authority of the Organization shall be the International Natural Rubber Council, which shall consist of all the members of the Organization.

2. Each member shall be represented in the Council by one delegate, and may designate alternates and advisers to attend sessions of the Council.

3. An alternate delegate shall be empowered to act and vote on behalf of the delegate during the latter's absence or in special circumstances.

Article 7

Powers and functions of the Council

1. The Council shall exercise all such powers and perform or arrange for the performance of all such functions as are necessary to carry out the provisions of this Agreement, but it shall not have the power, and shall not be taken to have been authorized by the members, to incur any obligation outside the scope of this Agreement. In particular, it shall not have the capacity to borrow money, without, however, limiting the application of article 41, nor shall it enter into any trading contract for natural rubber, except as provided for specifically in paragraph 5 of article 30. In exercising its capacity to contract the Council shall ensure that the terms of paragraph 4 of article 48 are brought by written notice to the attention of the other parties entering into such contracts, but any failure to do so shall not in itself invalidate such contracts, nor shall it be deemed to be a waiver of such limitation of liability of the members.

2. The Council shall, by special vote, adopt such rules and regulations as are necessary to carry out the provisions of this Agreement and are consistent therewith. These shall include its own rules of procedure and those of the committees referred to in article 18, rules for the administration and operation of the Buffer Stock, and the financial and staff regulations of the Organization.

3. For the purposes of paragraph 2 of this article, the Council shall, at its first session after the entry into force of this Agreement, review the rules and regulations established under the International Natural Rubber Agreement, 1979, and adopt them with such modifications as it deems appropriate. Pending such adoption, the rules and regulations established under the International Natural Rubber Agreement, 1979, shall apply.

staatliche Organisation, die in bezug auf das Aushandeln, den Abschluß und die Anwendung internationaler Übereinkünfte, insbesondere von Grundstoffübereinkommen, Verantwortung hat. Entsprechend gilt jede Bezugnahme in diesem Übereinkommen auf die Unterzeichnung, Ratifikation, Annahme oder Genehmigung oder auf die Notifikation der vorläufigen Anwendung oder auf den Beitritt hinsichtlich einer solchen zwischenstaatlichen Organisation gleichzeitig als Bezugnahme auf die Unterzeichnung, Ratifikation, Annahme oder Genehmigung oder die Notifikation der vorläufigen Anwendung oder den Beitritt durch die zwischenstaatliche Organisation.

(2) Bei Abstimmungen über in ihre Zuständigkeit fallende Angelegenheiten üben diese zwischenstaatlichen Organisationen ihr Stimmrecht mit einer Anzahl von Stimmen aus, die der Gesamtzahl der ihren Mitgliedstaaten nach Artikel 14 zugewiesenen Stimmen entspricht. In solchen Fällen üben die Mitgliedstaaten der zwischenstaatlichen Organisationen ihr Einzelstimmrecht nicht aus.

Kapitel IV

Der Internationale Naturkautschukrat

Artikel 6

Zusammensetzung des Internationalen Naturkautschukrats

(1) Der Internationale Naturkautschukrat, der sich aus allen Mitgliedern der Organisation zusammensetzt, ist die höchste Instanz der Organisation.

(2) Jedes Mitglied ist im Rat durch einen Delegierten vertreten und kann Stellvertreter und Berater zur Teilnahme an den Tagungen des Rates benennen.

(3) Ein Stellvertreter ist ermächtigt, für den Delegierten während dessen Abwesenheit oder unter besonderen Umständen zu handeln und abzustimmen.

Artikel 7

Befugnisse und Aufgaben des Rates

(1) Der Rat übt alle Befugnisse aus und übernimmt oder veranlaßt die Wahrnehmung aller Aufgaben, die zur Durchführung dieses Übereinkommens erforderlich sind; er hat jedoch nicht die Befugnis und gilt nicht als von den Mitgliedern ermächtigt, Verpflichtungen außerhalb des Geltungsbereichs dieses Übereinkommens zu übernehmen. Insbesondere ist er nicht befähigt, Kredit aufzunehmen, ohne daß jedoch die Anwendung des Artikels 41 eingeschränkt wird, noch darf er Handelsverträge für Naturkautschuk schließen, sofern dies in Artikel 30 Absatz 5 nicht ausdrücklich vorgesehen ist. In Ausübung seiner Fähigkeit, Verträge zu schließen, stellt der Rat sicher, daß die Bedingungen des Artikels 48 Absatz 4 den anderen an solchen Verträgen Beteiligten schriftlich zur Kenntnis gebracht werden; das Unterlassen einer solchen Mitteilung macht diese Verträge jedoch nicht von sich aus ungültig und gilt auch nicht als Verzicht auf eine solche Haftungsbeschränkung der Mitglieder.

(2) Der Rat nimmt durch besondere Abstimmung die zur Durchführung dieses Übereinkommens notwendigen und mit diesem in Einklang stehenden Vorschriften und Regelungen an. Dazu gehören seine Geschäftsordnung und die Geschäftsordnungen der in Artikel 18 genannten Ausschüsse, Vorschriften für die Verwaltung und den Betrieb des Ausgleichslagers sowie die Finanz- und Personalvorschriften der Organisation.

(3) Für die Zwecke des Absatzes 2 überprüft der Rat auf seiner ersten Tagung nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens die aufgrund des Internationalen Naturkautschuk-Übereinkommens von 1979 niedergelegten Vorschriften und Regelungen und nimmt sie mit den von ihm als zweckdienlich erachteten Abänderungen an. Bis zu dieser Annahme finden die aufgrund des Internationalen Naturkautschuk-Übereinkommens von 1979 niedergelegten Vorschriften und Regelungen Anwendung.

4. The Council shall keep such records as are required for the performance of its functions under this Agreement.

5. The Council shall publish an annual report on the activities of the Organization and such other information as it considers appropriate.

Article 8

Delegation of powers

1. The Council may, by special vote, delegate to any committee established under article 18 the exercise of any or all of its powers which, in accordance with the provisions of this Agreement, do not require a special vote of the Council. Notwithstanding this delegation, the Council may at any time discuss and decide any issue that may have been delegated to any of its committees.

2. The Council may, by special vote, revoke any power delegated to a committee.

Article 9

Co-operation with other organizations

1. The Council may make whatever arrangements are appropriate for consultation or co-operation with the United Nations, its organs and specialized agencies, and other intergovernmental organizations as appropriate.

2. The Council may also make arrangements for maintaining contact with appropriate international non-governmental organizations.

Article 10

Admission of observers

The Council may invite any non-member Government, or any of the organizations referred to in article 9, to attend as an observer any of the meetings of the Council or of any committee established under article 18.

Article 11

Chairman and Vice-Chairman

1. The Council shall elect for each year a Chairman and a Vice-Chairman.

2. The Chairman and the Vice-Chairman shall be elected, one from among the representatives of exporting members and the other from among the representatives of importing members. These offices shall alternate each year between the two categories of members, provided, however, that this shall not prohibit the re-election of either or both, under exceptional circumstances, by special vote of the Council.

3. In the temporary absence of the Chairman, he shall be replaced by the Vice-Chairman. In the temporary absence of both the Chairman and the Vice-Chairman or the permanent absence of one or both of them, the Council may elect new officers from among the representatives of the exporting members and/or from among the representatives of the importing members, as appropriate, on a temporary or permanent basis as may be required.

4. Neither the Chairman nor any other officer presiding at a meeting of the Council shall vote at that meeting. The voting rights of the member he represents may, however, be exercised in accordance with the provisions of paragraph 3 of article 6, or paragraphs 2 and 3 of article 15.

Article 12

Executive Director, Buffer Stock Manager and other staff

1. The Council shall, by special vote, appoint an Executive Director and a Buffer Stock Manager.

(4) Der Rat führt die Unterlagen, die zur Wahrnehmung seiner Aufgaben nach diesem Übereinkommen erforderlich sind.

(5) Der Rat veröffentlicht einen Jahresbericht über die Tätigkeit der Organisation sowie alle sonstigen Angaben, die er für zweckdienlich hält.

Artikel 8

Übertragung von Befugnissen

(1) Der Rat kann durch besondere Abstimmung auf jeden der nach Artikel 18 eingesetzten Ausschüsse die Ausübung einzelner oder aller seiner Befugnisse übertragen, die nach diesem Übereinkommen keiner besonderen Abstimmung des Rates bedürfen. Ungeachtet dieser Übertragung kann der Rat jederzeit jede Frage erörtern und entscheiden, die er einem seiner Ausschüsse übertragen hat.

(2) Der Rat kann durch besondere Abstimmung jede einem Ausschuss übertragene Befugnis widerrufen.

Artikel 9

Zusammenarbeit mit anderen Organisationen

(1) Der Rat kann alle geeigneten Maßnahmen zur Konsultation oder Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen, ihren Organen und Sonderorganisationen sowie mit anderen geeigneten zwischenstaatlichen Organisationen treffen.

(2) Der Rat kann ferner Maßnahmen treffen, um Verbindungen zu geeigneten internationalen nichtstaatlichen Organisationen zu unterhalten.

Artikel 10

Zulassung von Beobachtern

Der Rat kann jede Nichtmitgliedregierung oder jede der in Artikel 9 bezeichneten Organisationen einladen, als Beobachter jeder Sitzung des Rates oder eines nach Artikel 18 eingesetzten Ausschusses beizuwohnen.

Artikel 11

Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender

(1) Der Rat wählt für jedes Jahr einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden.

(2) Der Vorsitzende wird aus der Mitte der Vertreter der Ausfuhrmitglieder und der stellvertretende Vorsitzende aus der Mitte der Vertreter der Einfuhrmitglieder gewählt oder umgekehrt. Diese Ämter wechseln in jedem Jahr zwischen beiden Mitgliederkategorien; jedoch hindert dies nicht, daß einer oder beide unter außergewöhnlichen Umständen durch besondere Abstimmung des Rates wiedergewählt werden.

(3) Bei vorübergehender Abwesenheit wird der Vorsitzende durch den stellvertretenden Vorsitzenden ersetzt. Bei vorübergehender Abwesenheit des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden oder bei ständiger Abwesenheit eines oder beider kann der Rat aus der Mitte der Vertreter der Ausfuhrmitglieder und/oder aus der Mitte der Vertreter der Einfuhrmitglieder je nach Bedarf für eine vorübergehende oder ständige Tätigkeit neue Vorstandsmitglieder wählen.

(4) Weder der Vorsitzende noch ein anderes Vorstandsmitglied, das bei Ratssitzungen den Vorsitz führt, nimmt an Abstimmungen auf der Sitzung teil. Das Stimmrecht des von ihm vertretenen Mitglieds kann jedoch in Übereinstimmung mit Artikel 6 Absatz 3 oder Artikel 15 Absätze 2 und 3 ausgeübt werden.

Artikel 12

Exekutivdirektor, Leiter des Ausgleichslagers und sonstiges Personal

(1) Der Rat ernennt durch besondere Abstimmung einen Exekutivdirektor und einen Leiter des Ausgleichslagers.

2. The terms and conditions of appointment of the Executive Director and the Buffer Stock Manager shall be determined by the Council.

3. The Executive Director shall be the chief administrative officer of the Organization and shall be responsible to the Council for the administration and operation of this Agreement in accordance with the provisions of this Agreement and decisions of the Council.

4. The Buffer Stock Manager shall be responsible to the Executive Director and the Council for the functions conferred upon him by this Agreement, as well as for such additional functions as the Council may determine. The Buffer Stock Manager shall be responsible for the day-to-day operation of the Buffer Stock, and shall keep the Executive Director informed of the general operations of the Buffer Stock so that the Executive Director may ensure its effectiveness in meeting the objectives of this Agreement.

5. The Executive Director shall appoint the staff in accordance with regulations established by the Council. The staff shall be responsible to the Executive Director.

6. Neither the Executive Director nor any member of the staff, including the Buffer Stock Manager, shall have any financial interest in the rubber industry or trade, or associated commercial activities.

7. In the performance of their duties, the Executive Director, the Buffer Stock Manager and other staff shall not seek or receive instructions from any member or from any other authority external to the Council or to any committee established under article 18. They shall refrain from any action which might reflect on their positions as international officials responsible only to the Council. Each member shall respect the exclusively international character of the responsibilities of the Executive Director, the Buffer Stock Manager and other staff and shall not seek to influence them in the discharge of their responsibilities.

Article 13 Sessions

1. As a general rule, the Council shall hold one regular session in each half of the year. For the purpose of the review of the price range, the Council shall hold a session, within two weeks, after each 15-month or 30-month period mentioned in article 31.

2. In addition to sessions in circumstances specifically provided for in this Agreement, the Council shall also meet in special session whenever it so decides or at the request of:

- (a) The Chairman of the Council;
- (b) The Executive Director;
- (c) A majority of the exporting members;
- (d) A majority of the importing members;
- (e) An exporting member or exporting members holding at least 200 votes; or
- (f) An importing member or importing members holding at least 200 votes.

3. Sessions shall be held at the headquarters of the Organization, unless the Council, by special vote, decides otherwise. If on the invitation of any member the Council meets elsewhere than at the headquarters of the Organization, that member shall pay the additional costs incurred by the Council.

4. Notice of any sessions and the agenda for such sessions shall be communicated to members by the Executive Director, in consultation with the Chairman of the Council, at least 30 days in

(2) Die Einstellungsbedingungen des Exekutivdirektors und des Leiters des Ausgleichslagers werden vom Rat bestimmt.

(3) Der Exekutivdirektor ist der oberste Verwaltungsbeamte der Organisation; er ist dem Rat für die Anwendung und Durchführung dieses Übereinkommens im Einklang mit den Bestimmungen dieses Übereinkommens und den Beschlüssen des Rates verantwortlich.

(4) Der Leiter des Ausgleichslagers ist dem Exekutivdirektor und dem Rat für die ihm von diesem Übereinkommen übertragenen Aufgaben sowie für alle vom Rat bestimmten zusätzlichen Aufgaben verantwortlich. Der Leiter des Ausgleichslagers ist für den täglichen Betrieb des Ausgleichslagers verantwortlich und hält den Exekutivdirektor über die allgemeinen Geschäfte des Ausgleichslagers auf dem laufenden, so daß der Exekutivdirektor sicherstellen kann, daß das Ausgleichslager tatsächlich den Zielen dieses Übereinkommens gerecht wird.

(5) Der Exekutivdirektor ernennt das Personal im Einklang mit vom Rat niedergelegten Vorschriften. Das Personal ist dem Exekutivdirektor verantwortlich.

(6) Weder der Exekutivdirektor noch ein Mitglied des Personals einschließlich des Leiters des Ausgleichslagers dürfen ein finanzielles Interesse an der Kautschukindustrie oder dem Kautschukhandel oder damit zusammenhängenden kommerziellen Tätigkeiten haben.

(7) Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben dürfen der Exekutivdirektor, der Leiter des Ausgleichslagers und das sonstige Personal von keinem Mitglied und von keiner Stelle außerhalb des Rates oder eines nach Artikel 18 eingesetzten Ausschusses Weisungen einholen oder entgegennehmen. Sie haben alle Handlungen zu unterlassen, die ihre Stellung als internationale Bedienstete, die nur dem Rat verantwortlich sind, beeinträchtigen könnten. Jedes Mitglied achtet den ausschließlich internationalen Charakter der Obliegenheiten des Exekutivdirektors, des Leiters des Ausgleichslagers und des sonstigen Personals und versucht nicht, sie bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu beeinflussen.

Artikel 13 Tagungen

(1) Der Rat hält grundsätzlich in jedem Halbjahr eine ordentliche Tagung ab. Für den Zweck der Überprüfung der Preisspanne hält der Rat innerhalb von zwei Wochen nach jedem in Artikel 31 bezeichneten Zeitabschnitt von 15 oder 30 Monaten eine Tagung ab.

(2) Der Rat tritt außer zu den Tagungen, die unter den in diesem Übereinkommen ausdrücklich vorgesehenen Umständen abgehalten werden, zu außerordentlichen Tagungen zusammen, wenn er dies beschließt oder wenn es von

- a) dem Vorsitzenden des Rates;
- b) dem Exekutivdirektor;
- c) der Mehrheit der Ausfuhrmitglieder;
- d) der Mehrheit der Einfuhrmitglieder;
- e) einem oder mehreren Ausfuhrmitgliedern, die wenigstens 200 Stimmen innehaben, oder
- f) einem oder mehreren Einfuhrmitgliedern, die mindestens 200 Stimmen innehaben,

beantragt wird.

(3) Die Tagungen finden am Sitz der Organisation statt, sofern nicht der Rat durch besondere Abstimmung etwas anderes beschließt. Tagt der Rat auf Einladung eines Mitglieds an einem anderen Ort als dem Sitz der Organisation, so trägt dieses Mitglied die dadurch dem Rat entstehenden zusätzlichen Kosten.

(4) Die Ankündigung einer Tagung und deren Tagesordnung werden den Mitgliedern vom Exekutivdirektor in Konsultation mit dem Vorsitzenden des Rates spätestens 30 Tage im voraus über-

advance, except in cases of emergency when notice shall be communicated at least 10 days in advance.

mittelt, außer in dringenden Fällen, in denen die Ankündigung spätestens 10 Tage im voraus übermittelt werden muß.

Article 14

Distribution of votes

1. The exporting members shall together hold 1,000 votes and the importing members shall together hold 1,000 votes.

2. Each exporting member shall receive one initial vote out of the 1,000 votes except that in the case of an exporting member with net exports of less than 10,000 tonnes annually the initial vote shall not apply. The remainder of such votes shall be distributed among the exporting members as nearly as possible in proportion to the volume of their respective net exports of natural rubber for the period of five calendar years commencing six calendar years prior to the distribution of votes.

3. The votes of importing members shall be distributed among them as nearly as possible in proportion to the average of their respective net imports of natural rubber during the period of three calendar years commencing four calendar years prior to the distribution of votes; except that each importing member shall receive one vote even if its proportional net import share is otherwise not sufficiently large to so justify.

4. For the purposes of paragraphs 2 and 3 of this article, paragraphs 2 and 3 of article 27 relating to contributions of importing members, and article 38, the Council shall, at its first session, establish a table of net exports of exporting members and a table of net imports of importing members which shall be revised annually in accordance with this article.

5. There shall be no fractional votes.

6. The Council shall, at the first session after the entry into force of this Agreement, distribute the votes for that year, to remain in effect until the first regular session of the following year, except as provided for in paragraph 7 of this article. Subsequently for each year, the Council shall distribute the votes at the beginning of the first regular session of that year. Such distribution shall remain in effect until the first regular session of the following year, except as provided for in paragraph 7 of this article.

7. Whenever the membership of the Organization changes or when any member has its voting rights suspended or restored under any provision of this Agreement, the Council shall redistribute the votes within the affected category or categories of members in accordance with the provisions of this article.

8. In the event of the exclusion of a member pursuant to article 64, or the withdrawal of a member pursuant to article 63 or article 62, resulting in the reduction of the total trade share of those members remaining in either category below 80 per cent, the Council shall meet and decide on the terms, conditions and future of this Agreement, including in particular the need to maintain effective buffer stock operations without causing undue financial burden to the remaining members.

Article 15

Voting procedure

1. Each member shall be entitled to cast the number of votes it holds in the Council and shall not be entitled to divide its votes.

2. By written notification to the Chairman of the Council, any exporting member may authorize any other exporting member, and any importing member may authorize any other importing member, to represent its interests and to exercise its voting rights at any session or meeting of the Council.

Artikel 14

Verteilung der Stimmen

(1) Die Ausfuhrmitglieder und die Einfuhrmitglieder haben insgesamt jeweils 1 000 Stimmen.

(2) Jedes Ausfuhrmitglied erhält eine Erststimme aus den 1 000 Stimmen; jedoch findet im Fall eines Ausfuhrmitglieds mit Nettoausfuhr von weniger als 10 000 Tonnen jährlich die Erststimme keine Anwendung. Die übrigen Stimmen werden unter den Ausfuhrmitgliedern so genau wie möglich im Verhältnis der Menge ihrer jeweiligen Nettoausfuhr an Naturkautschuk während des Zeitabschnitts von fünf Kalenderjahren, die sechs Kalenderjahre vor der Verteilung der Stimmen beginnen, verteilt.

(3) Die Stimmen der Einfuhrmitglieder werden unter ihnen so genau wie möglich im Verhältnis des Durchschnitts ihrer jeweiligen Nettoeinfuhr an Naturkautschuk während des Zeitabschnitts von drei Kalenderjahren, die vier Kalenderjahre vor der Verteilung der Stimmen beginnen, verteilt; jedoch erhält jedes Einfuhrmitglied eine Stimme, selbst wenn sein verhältnismäßiger Nettoeinfuhranteil sonst nicht genügend groß ist, um dies zu rechtfertigen.

(4) Für die Zwecke der Absätze 2 und 3 des vorliegenden Artikels, der Absätze 2 und 3 des Artikels 27 über die Beiträge von Einfuhrmitgliedern und des Artikels 38 stellt der Rat auf seiner ersten Tagung eine Tabelle der Nettoausfuhr der Ausfuhrmitglieder sowie eine Tabelle der Nettoeinfuhr der Einfuhrmitglieder auf, die jährlich im Einklang mit diesem Artikel überprüft werden.

(5) Teilstimmen sind nicht zulässig.

(6) Der Rat verteilt auf der ersten Tagung nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens die Stimmen für das betreffende Jahr; sie bleiben bis zur ersten ordentlichen Tagung des folgenden Jahres wirksam, sofern nicht in Absatz 7 etwas anderes bestimmt ist. Danach verteilt der Rat für jedes Jahr die Stimmen zu Beginn der ersten ordentlichen Tagung des betreffenden Jahres. Die Verteilung bleibt bis zur ersten ordentlichen Tagung des folgenden Jahres wirksam, sofern nicht in Absatz 7 etwas anderes bestimmt ist.

(7) Sobald sich die Mitgliedschaft in der Organisation ändert oder sobald das Stimmrecht eines Mitglieds nach einer Bestimmung dieses Übereinkommens zeitweilig entzogen oder zurückgegeben wird, verteilt der Rat die Stimmen innerhalb der betroffenen Kategorie oder Kategorien von Mitgliedern im Einklang mit diesem Artikel neu.

(8) Im Fall des Ausschlusses eines Mitglieds nach Artikel 64 oder des Rücktritts eines Mitglieds nach Artikel 63 oder 62, durch die der gesamte Handelsanteil der in einer der beiden Kategorien noch verbleibenden Mitglieder unter 80 v. H. sinkt, tritt der Rat zusammen und entscheidet über die Bedingungen und die Zukunft dieses Übereinkommens, wozu insbesondere die Notwendigkeit gehört, wirksame Ausgleichslagergeschäfte aufrechtzuerhalten, ohne die übrigen Mitglieder finanziell ungebührlich zu belasten.

Artikel 15

Abstimmungsverfahren

(1) Jedes Mitglied ist berechtigt, die Anzahl der ihm im Rat zustehenden Stimmen abzugeben; es ist nicht berechtigt, seine Stimmen zu teilen.

(2) Durch eine schriftliche Notifikation an den Vorsitzenden des Rates kann jedes Ausfuhrmitglied ein anderes Ausfuhrmitglied und jedes Einfuhrmitglied ein anderes Einfuhrmitglied ernennen, auf einer Tagung oder Sitzung des Rates seine Interessen zu vertreten und sein Stimmrecht auszuüben.

3. A member authorized by another member to cast the latter member's votes shall cast such votes as authorized.

4. When abstaining, a member shall be deemed not to have cast its votes.

Article 16

Quorum

1. The quorum for any meeting of the Council shall be the presence of a majority of exporting members and a majority of importing members, provided that such members hold at least two thirds of the total votes in their respective categories.

2. If there is no quorum in accordance with paragraph 1 of this article on the day fixed for the meeting and on the following day, the quorum on the third day and thereafter shall be the presence of a majority of exporting members and a majority of importing members, provided that such members hold a majority of the total votes in their respective categories.

3. Representation in accordance with paragraph 2 of article 15 shall be considered as presence.

Article 17

Decisions

1. All decisions of the Council shall be taken and all recommendations shall be made by distributed simple majority vote, unless otherwise provided for in this Agreement.

2. Where a member avails itself of the provisions of article 15 and its votes are cast at a meeting of the Council, such member shall, for the purposes of paragraph 1 of this article, be considered as present and voting.

Article 18

Establishment of committees

1. The following committees established by the International Natural Rubber Agreement, 1979, shall continue in being:

- (a) Committee on Administration;
- (b) Committee on Buffer Stock Operations;
- (c) Committee on Statistics; and
- (d) Committee on Other Measures.

Additional committees may also be established by special vote of the Council.

2. Each committee shall be responsible to the Council. The Council shall, by special vote, determine the membership and terms of reference of each committee.

Article 19

Panel of experts

1. The Council may establish a panel of experts from the rubber industry and trade of exporting and importing members.

2. Any such panel would be available to provide advice and assistance to the Council and its committees, particularly on buffer stock operations and on the other measures referred to in article 43.

3. The membership, functions and administrative arrangements of any such panel would be determined by the Council.

(3) Ein von einem anderen Mitglied zur Abgabe seiner Stimmen ermächtigtes Mitglied gibt diese Stimmen im Einklang mit der Ermächtigung ab.

(4) Ein Mitglied, das sich der Stimme enthält, wird angesehen, als habe es seine Stimmen nicht abgegeben.

Artikel 16

Beschlußfähigkeit

(1) Der Rat ist auf einer Sitzung beschlußfähig, wenn die Mehrheit der Ausfuhrmitglieder und die Mehrheit der Einfuhrmitglieder anwesend ist, wobei diese Mitglieder mindestens zwei Drittel der Gesamtstimmen in ihrer jeweiligen Kategorie innehaben müssen.

(2) Ist der Rat an dem für die Sitzung festgesetzten Tag und am folgenden Tag nicht nach Absatz 1 beschlußfähig, so ist er am dritten Tag und danach beschlußfähig, wenn die Mehrheit der Ausfuhrmitglieder und die Mehrheit der Einfuhrmitglieder anwesend ist, wobei diese Mitglieder die Mehrheit der Gesamtstimmen in ihrer jeweiligen Kategorie innehaben müssen.

(3) Eine Vertretung im Sinne des Artikels 15 Absatz 2 gilt als Anwesenheit.

Artikel 17

Beschlüsse

(1) Soweit dieses Übereinkommen nichts anderes bestimmt, werden alle Beschlüsse des Rates mit beiderseitiger einfacher Mehrheit gefaßt; Empfehlungen werden in der gleichen Weise abgegeben.

(2) Nimmt ein Mitglied Artikel 15 in Anspruch und werden seine Stimmen auf einer Sitzung des Rates abgegeben, so wird es für die Zwecke des Absatzes 1 als anwesend und abstimmend angesehen.

Artikel 18

Einsetzung von Ausschüssen

(1) Folgende aufgrund des Internationalen Naturkautschuk-Übereinkommens von 1979 eingesetzten Ausschüsse bleiben bestehen:

- a) Verwaltungsausschuß;
- b) Ausschuß für Ausgleichslagergeschäfte;
- c) Ausschuß für Statistik und
- d) Ausschuß für sonstige Maßnahmen.

Durch besondere Abstimmung des Rates können auch zusätzliche Ausschüsse eingesetzt werden.

(2) Jeder Ausschuß ist dem Rat verantwortlich. Der Rat bestimmt durch besondere Abstimmung Mitgliedschaft und Tätigkeitsbereich jedes Ausschusses.

Artikel 19

Sachverständigengruppe

(1) Der Rat kann eine Gruppe von Sachverständigen aus der Kautschukindustrie und dem Kautschukhandel aus Ausfuhr- und Einfuhrmitgliedern einsetzen.

(2) Eine solche Gruppe stünde dem Rat und seinen Ausschüssen mit Rat und Tat zur Seite, insbesondere in bezug auf Ausgleichslagergeschäfte und auf die in Artikel 43 bezeichneten sonstigen Maßnahmen.

(3) Mitgliedschaft, Aufgaben und Verwaltungsregelungen für eine solche Gruppe würden vom Rat bestimmt.

Chapter V
Privileges and Immunities

Article 20
Privileges and Immunities

1. The Organization shall have legal personality. In particular, but without prejudice to the provisions of paragraph 4 of article 48, the Organization shall have the capacity to contract, to acquire and dispose of movable and immovable property, and to institute legal proceedings.

2. The Organization shall, as soon as possible, seek to conclude with the Government of the country in which the headquarters of the Organization is situated (hereinafter referred to as the host Government) an agreement (hereinafter referred to as Headquarters Agreement) relating to such status, privileges and immunities of the Organization, of its Executive Director, Buffer Stock Manager as well as other staff and experts, and of members' delegations, as are reasonably necessary for the purpose of discharging their functions.

3. Pending the conclusion of the Headquarters Agreement, the Organization shall request the host Government to grant, to the extent consistent with its laws, exemption from taxation on remuneration paid by the Organization to its employees, and on the assets, income and other property of the Organization.

4. The Organization may also conclude, with one or more Governments, agreements to be approved by the Council relating to such privileges and immunities as may be necessary for the proper functioning of this Agreement.

5. If the headquarters of the Organization is moved to another country, the Government of that country shall, as soon as possible, conclude with the Organization a Headquarters Agreement to be approved by the Council.

6. The Headquarters Agreement shall be independent of this Agreement. It shall, however, terminate:

- (a) By agreement between the host Government and the Organization;
- (b) In the event that the headquarters of the Organization is moved from the country of the host Government; or
- (c) In the event that the Organization ceases to exist.

Chapter VI
Accounts and Audit

Article 21
Financial accounts

1. For the operation and administration of this Agreement, there shall be established two accounts:

- (a) The Buffer Stock Account; and
- (b) The Administrative Account.

2. All the following receipts and expenditures in the creation, operation and maintenance of the Buffer Stock shall be brought into the Buffer Stock Account: contributions from members under article 27, revenue from sales of or expenditure in respect of acquisition of buffer stocks; interest on deposits of the Buffer Stock Account; and costs relating to purchase and sales commissions, storage, transportation and handling, maintenance and rotation, and insurance. The Council may, however, by special vote, bring any other type of receipts or expenditures attributable to buffer stock transactions or operations into the Buffer Stock Account.

Kapitel V
Vorrechte und Immunitäten

Artikel 20
Vorrechte und Immunitäten

(1) Die Organisation besitzt Rechtspersönlichkeit. Unbeschadet des Artikels 48 Absatz 4 hat die Organisation insbesondere die Fähigkeit, Verträge zu schließen, bewegliches und unbewegliches Vermögen zu erwerben und darüber zu verfügen sowie vor Gericht zu stehen.

(2) Die Organisation bemüht sich, so bald wie möglich mit der Regierung des Landes, in dem sich der Sitz der Organisation befindet (im folgenden als Gastregierung bezeichnet), ein Abkommen (im folgenden als Sitzabkommen bezeichnet) über die Rechtsstellung, die Vorrechte und Immunitäten der Organisation, ihres Exekutivdirektors, des Leiters des Ausgleichslagers, des sonstigen Personals und der Sachverständigen sowie der Delegationen der Mitglieder zu schließen, die normalerweise für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlich sind.

(3) Bis zum Abschluß des Sitzabkommens ersucht die Organisation die Gastregierung, für die von der Organisation an ihre Bediensteten gezahlten Vergütungen sowie für die Guthaben, Einkünfte und sonstigen Vermögenswerte der Organisation Befreiung von der Besteuerung zu gewähren, soweit dies mit ihren Rechtsvorschriften vereinbar ist.

(4) Die Organisation kann ferner mit einer oder mehreren Regierungen vom Rat zu genehmigende Übereinkünfte über die Vorrechte und Immunitäten schließen, die für die ordnungsgemäße Durchführung dieses Übereinkommens erforderlich sind.

(5) Wird der Sitz der Organisation in ein anderes Land verlegt, so schließt die Regierung dieses Landes so bald wie möglich mit der Organisation ein vom Rat zu genehmigendes Sitzabkommen.

(6) Das Sitzabkommen ist von diesem Übereinkommen unabhängig. Es tritt jedoch außer Kraft,

- a) wenn dies zwischen der Gastregierung und der Organisation vereinbart wird;
- b) wenn der Sitz der Organisation aus dem Land der Gastregierung verlegt wird oder
- c) wenn die Organisation zu bestehen aufhört.

Kapitel VI
Rechnungslegung und Rechnungsprüfung

Artikel 21
Finanzkonten

(1) Zur Durchführung und Handhabung dieses Übereinkommens werden zwei Konten eingerichtet,

- a) das Ausgleichslagerkonto und
- b) das Verwaltungskonto.

(2) Alle nachstehenden Einnahmen und Ausgaben, die bei der Schaffung, beim Betrieb und bei der Erhaltung des Ausgleichslagers anfallen, werden in das Ausgleichslagerkonto eingebracht: Beiträge von Mitgliedern nach Artikel 27, Einkünfte aus Verkäufen von Ausgleichslagerbeständen oder Ausgaben in bezug auf den Erwerb von Ausgleichslagerbeständen, Zinsen für Einlagen im Ausgleichslagerkonto und Kosten im Zusammenhang mit Ankaufs- und Verkaufsprovisionen, Lagerung, Beförderung und Behandlung, Erhaltung und Umwälzung sowie Versicherungen. Der Rat kann jedoch durch besondere Abstimmung jede andere Art von Einnahme oder Ausgabe, die auf Ausgleichslagertransaktionen oder -geschäfte entfällt, in das Ausgleichslagerkonto einbringen.

3. All other receipts and expenditures relating to the operation of this Agreement shall be brought into the Administrative Account. Such expenditures shall normally be met by contributions from members assessed in accordance with article 24.

4. The Organization shall not be liable for the expenses of delegations or observers to the Council or to any committee established under article 18.

Article 22

Form of payment

Payments to the Administrative and Buffer Stock Accounts shall be made in freely usable currencies or currencies which are convertible in the major foreign exchange markets into freely usable currencies, and shall be exempt from foreign exchange restrictions.

Article 23

Audit

1. Each financial year, the Council shall appoint auditors for the purpose of auditing its books of account.

2. An independently audited statement of the Administrative Account shall be made available to members as soon as possible, but not later than four months, after the close of each financial year. An independently audited statement of the Buffer Stock Account shall be made available to members not earlier than 60 days, but not later than four months, after the close of each financial year. The audited statements of the Administrative and Buffer Stock Accounts shall be considered for approval by the Council at its next regular session, as appropriate. A summary of the audited accounts and balance sheet shall thereafter be published.

Chapter VII

The Administrative Account

Article 24

Approval of the administrative budget and assessment of contributions

1. At its first session after the entry into force of this Agreement, the Council shall approve the administrative budget for the period between the date of the entry into force and the end of the first financial year. Thereafter, during the second half of each financial year, the Council shall approve the administrative budget for the following financial year. The Council shall assess the contribution of each member to that budget in accordance with paragraph 2 of this article.

2. The contribution of each member to the administrative budget for each financial year shall be in the proportion which the number of its votes at the time the administrative budget for that financial year is approved bears to the total votes of all the members. In assessing contributions, the votes of each member shall be calculated without regard to the suspension of any member's voting rights or any redistribution of votes resulting therefrom.

3. The initial contribution to the administrative budget of any Government which becomes a member after the entry into force of this Agreement shall be assessed by the Council on the basis of the number of votes to be held by that member and of the period from the date on which it becomes a member to the end of the current financial year. The assessment made upon other members for that financial year shall not, however, be altered.

(3) Alle sonstigen Einnahmen und Ausgaben im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Übereinkommens werden in das Verwaltungskonto eingebracht. Solche Ausgaben werden in der Regel aus Beiträgen von Mitgliedern bestritten, die nach Artikel 24 festgesetzt worden sind.

(4) Die Organisation übernimmt nicht die Auslagen der Delegationen oder Beobachter beim Rat oder bei einem der nach Artikel 18 eingesetzten Ausschüsse.

Artikel 22

Form der Zahlung

Zahlungen an das Verwaltungskonto und das Ausgleichslagerkonto werden in frei verwendbaren Währungen oder in Währungen, die auf den Hauptdevisenmärkten in frei verwendbare Währungen konvertierbar sind, geleistet und sind von Devisenbeschränkungen befreit.

Artikel 23

Prüfung

(1) In jedem Rechnungsjahr ernennt der Rat Revisoren für die Prüfung seiner Geschäftsbücher.

(2) Eine von unabhängigen Bücherrevisoren geprüfte Darstellung des Verwaltungskontos wird den Mitgliedern so bald wie möglich, spätestens jedoch vier Monate nach Abschluß jedes Rechnungsjahrs, zur Verfügung gestellt. Eine von unabhängigen Bücherrevisoren geprüfte Darstellung des Ausgleichslagerkontos wird den Mitgliedern frühestens 60 Tage und spätestens vier Monate nach Abschluß jedes Rechnungsjahrs zur Verfügung gestellt. Die geprüften Darstellungen des Verwaltungskontos und des Ausgleichslagerkontos werden in geeigneter Weise geprüft, damit sie vom Rat auf seiner nächsten ordentlichen Tagung genehmigt werden können. Eine Kurzfassung der geprüften Konten und der geprüften Bilanz wird danach veröffentlicht.

Kapitel VII

Das Verwaltungskonto

Artikel 24

Genehmigung des Verwaltungshaushalts und Festsetzung der Beiträge

(1) Auf seiner ersten Tagung nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens genehmigt der Rat den Verwaltungshaushalt für die Zeit zwischen dem Tag des Inkrafttretens und dem Ende des ersten Rechnungsjahrs. Danach genehmigt der Rat während der zweiten Hälfte jedes Rechnungsjahrs den Verwaltungshaushalt für das folgende Rechnungsjahr. Der Rat setzt den Beitrag jedes Mitglieds zu diesem Haushalt nach Absatz 2 fest.

(2) Der Beitrag jedes Mitglieds zum Verwaltungshaushalt für jedes Rechnungsjahr richtet sich nach dem Verhältnis seiner Stimmzahl im Zeitpunkt der Genehmigung des Verwaltungshaushalts für das betreffende Rechnungsjahr zur Gesamtstimmzahl aller Mitglieder. Bei der Festsetzung der Beiträge werden die Stimmen jedes Mitglieds so berechnet, daß der zeitweilige Entzug des Stimmrechts eines Mitglieds oder die sich daraus ergebende Neuverteilung der Stimmen außer Betracht bleibt.

(3) Den ersten Beitrag zum Verwaltungshaushalt für eine Regierung, die nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens Mitglied wird, setzt der Rat auf der Grundlage der diesem Mitglied zustehenden Stimmzahl und des Zeitabschnitts zwischen dem Tag, an dem es Mitglied wird, und dem Ende des laufenden Rechnungsjahrs fest. Die für die anderen Mitglieder für das betreffende Rechnungsjahr festgesetzten Beiträge bleiben jedoch unverändert.

Article 25**Payment of contributions to the administrative budget**

1. Contributions to the first administrative budget shall become due on a date to be decided by the Council at its first session. Contributions to subsequent administrative budgets shall become due by 28 February in each financial year. The initial contribution of a Government which becomes a member after the entry into force of this Agreement, assessed in accordance with paragraph 3 of article 24, shall, for the financial year concerned, become due 60 days after the date on which it becomes a member.

2. If a member has not paid its full contribution to the administrative budget within two months after such contribution becomes due in accordance with paragraph 1 of this article, the Executive Director shall request that member to make payment as quickly as possible. If a member has not paid its contribution within two months after such request by the Executive Director, its voting rights in the Organization shall be suspended unless the Council decides otherwise. If a member has still not paid its contribution within four months after such request by the Executive Director, all rights of that member under this Agreement shall be suspended by the Council, unless the Council, by special vote, decides otherwise.

3. For contributions received late, the Council shall levy a penalty charge at the prime interest rate in the host country from the date the contributions become due.

4. A member whose rights have been suspended under paragraph 2 of this article shall in particular remain liable to pay its contribution and to meet any other of its financial obligations under this Agreement.

Chapter VIII**The Buffer Stock****Article 26****Size of the Buffer Stock**

In order to achieve the objectives of this Agreement, an international Buffer Stock shall be established. The total capacity of the Buffer Stock shall be 550,000 tonnes, including the total stocks still held under the International Natural Rubber Agreement, 1979. It shall be the sole instrument of market intervention for price stabilization in this Agreement. The Buffer Stock shall comprise:

- (a) The normal Buffer Stock of 400,000 tonnes; and
- (b) The contingency Buffer Stock of 150,000 tonnes.

Article 27**Financing of the Buffer Stock**

1. Members commit themselves to finance the total cost of the international Buffer Stock of 550,000 tonnes established under article 26, it being understood that shares in the Buffer Stock Account of the International Natural Rubber Agreement, 1979, of those members of the International Natural Rubber Agreement, 1979, which became members of this Agreement shall, with the consent of each member, be carried over to the Buffer Stock Account under this Agreement in accordance with the procedures determined under the provisions of paragraph 3 of article 41 of the International Natural Rubber Agreement, 1979.

2. The financing of both the normal Buffer Stock and the contingency Buffer Stock shall be shared equally between the exporting and importing categories of members. Contributions of members to the Buffer Stock Account shall be apportioned according to their shares of the votes in the Council, except as provided for in paragraphs 3 and 4 of this article.

Artikel 25**Zahlung von Beiträgen zum Verwaltungshaushalt**

(1) Die Beiträge zum ersten Verwaltungshaushalt sind an einem vom Rat auf seiner ersten Tagung zu bestimmenden Tag zu zahlen. Die Beiträge zu späteren Verwaltungshaushalten sind bis zum 28. Februar in jedem Rechnungsjahr zu zahlen. Der nach Artikel 24 Absatz 3 festgesetzte erste Beitrag einer Regierung, die nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens Mitglied wird, ist für das betreffende Rechnungsjahr 60 Tage nach dem Tag zu zahlen, an dem es Mitglied geworden ist.

(2) Hat ein Mitglied seinen vollen Beitrag zum Verwaltungshaushalt binnen zwei Monaten nach Fälligkeit gemäß Absatz 1 nicht gezahlt, so ersucht der Exekutivdirektor das Mitglied, die Zahlung so bald wie möglich zu leisten. Hat ein Mitglied seinen Beitrag binnen zwei Monaten nach dem Ersuchen des Exekutivdirektors nicht gezahlt, so wird ihm sein Stimmrecht in der Organisation zeitweilig entzogen, sofern der Rat nicht etwas anderes beschließt. Hat ein Mitglied seinen Beitrag binnen vier Monaten nach dem Ersuchen des Exekutivdirektors noch nicht gezahlt, so werden dem Mitglied alle Rechte aus diesem Übereinkommen vom Rat zeitweilig entzogen, sofern dieser nicht durch besondere Abstimmung etwas anderes beschließt.

(3) Für verspätet eingegangene Beiträge erhebt der Rat eine Geldbuße nach dem Zinssatz für erstklassige Papiere im Gastland vom Tag der Fälligkeit der Beiträge an.

(4) Ein Mitglied, dem seine Rechte nach Absatz 2 zeitweilig entzogen worden sind, bleibt insbesondere zur Zahlung seines Beitrags und zur Erfüllung aller sonstigen finanziellen Verpflichtungen aufgrund dieses Übereinkommens verpflichtet.

Kapitel VIII**Das Ausgleichslager****Artikel 26****Umfang des Ausgleichslagers**

Zur Erreichung der Ziele dieses Übereinkommens wird ein internationales Ausgleichslager errichtet. Die Gesamtkapazität des Ausgleichslagers beträgt 550 000 Tonnen, einschließlich der aufgrund des Internationalen Naturkautschuk-Übereinkommens von 1979 noch vorhandenen Gesamtbestände. Es ist das einzige Mittel der Markintervention zur Preisstabilisierung in diesem Übereinkommen. Das Ausgleichslager umfaßt

- a) das normale Ausgleichslager von 400 000 Tonnen und
- b) das Not-Ausgleichslager von 150 000 Tonnen.

Artikel 27**Finanzierung des Ausgleichslagers**

(1) Die Mitglieder verpflichten sich, die Gesamtkosten des nach Artikel 26 errichteten internationalen Ausgleichslagers von 550 000 Tonnen zu finanzieren; hierbei wird davon ausgegangen, daß Anteile derjenigen Mitglieder des Internationalen Naturkautschuk-Übereinkommens von 1979, die Mitglieder dieses Übereinkommens geworden sind, am Ausgleichslagerkonto des Internationalen Naturkautschuk-Übereinkommens von 1979 mit Zustimmung jedes einzelnen Mitglieds nach den in Artikel 41 Absatz 3 des Internationalen Naturkautschuk-Übereinkommens von 1979 festgelegten Verfahren auf das Ausgleichslagerkonto aufgrund dieses Übereinkommens übertragen werden.

(2) Die Finanzierung sowohl des normalen Ausgleichslagers als auch des Not-Ausgleichslagers erfolgt zu gleichen Teilen durch die Ausfuhr- und die Einfuhrmitgliederkategorien. Die Beiträge der Mitglieder zum Ausgleichslagerkonto werden entsprechend ihrem Anteil an den Stimmen im Rat bemessen, sofern nicht in den Absätzen 3 und 4 etwas anderes bestimmt ist.

3. Any importing member whose share of total net imports as set out in the table to be established by the Council under paragraph 4 of article 14 represents 0.1 per cent or less of total net imports shall contribute to the Buffer Stock Account as follows:

- (a) If its share of total net imports is less than or equal to 0.1 per cent but more than 0.05 per cent, such member shall contribute an amount assessed on the basis of its actual share of total net imports;
- (b) If its share of total net imports is 0.05 per cent or less, such member shall contribute an amount assessed on the basis of a share of 0.05 per cent of total net imports.

4. During any period in which this Agreement is in force provisionally either under paragraph 2 or subparagraph (b) of paragraph 4 of article 60, the financial commitment of each exporting or importing member to the Buffer Stock Account shall not in total exceed that member's contribution, calculated on the basis of the number of votes corresponding to the percentage shares set out in the tables to be established by the Council under paragraph 4 of article 14, of the totals of 275,000 tonnes falling to the exporting and importing categories of members respectively. The financial obligations of members when this Agreement is in force provisionally shall be shared equally by exporting and importing categories of members. At any time when the aggregate commitment of one category exceeds that of the other, the larger of the two aggregates shall be brought equal to the smaller of the two aggregates, each member's votes in that aggregate being reduced in proportion to the shares of votes derived from the tables to be established by the Council under paragraph 4 of article 14. Notwithstanding the provisions of this paragraph and of paragraph 1 of article 28, a member's contribution may not exceed 125 per cent of the amount of its total contribution calculated on the basis of its share in world trade as indicated in annex A or annex B to this Agreement.

5. The total costs of the normal and contingency Buffer Stock of 550,000 tonnes shall be financed by contributions by members in cash to the Buffer Stock Account. Such contributions may, when relevant, be paid by the appropriate agencies of members concerned.

6. The total costs of the 550,000-tonne international Buffer Stock shall be paid from the Buffer Stock Account. Such costs shall include all expenses involved in acquiring and operating the 550,000-tonne international Buffer Stock. In the event that the estimated cost, as given in annex C to this Agreement, cannot fully cover the total cost of acquisition and operations of the Buffer Stock, the Council shall meet and make the necessary arrangements to call up the required contributions to cover such costs according to percentage shares of votes.

Article 28

Payment of contributions of the Buffer Stock Account

1. There shall be an initial contribution in cash to the Buffer Stock Account equivalent to 70 million Malaysian ringgits. This amount, which represents a working capital reserve for buffer stock operations, shall be apportioned among all members according to their percentage shares of votes, taking into consideration paragraph 3 of article 27, and shall be due within 60 days after the first Council session after the entry into force of this Agreement. The initial contribution of a member due in accordance with this paragraph shall, with the consent of that member, be made wholly or in part by transfer of that member's share in the cash held in the Buffer Stock Account under the International Natural Rubber Agreement, 1979.

2. The Executive Director may at any time, and independently of the arrangements in paragraph 1 of this article, call for contribu-

(3) Ein Einfuhrmitglied, dessen Anteil an den Gesamtnettoeinfuhren entsprechend der nach Artikel 14 Absatz 4 vom Rat aufzustellenden Tabelle 0,1 v. H. der Gesamtnettoeinfuhren oder weniger beträgt, leistet wie folgt Beiträge zum Ausgleichslagerkonto:

- a) Beträgt sein Anteil an den Gesamtnettoeinfuhren 0,1 v. H. oder weniger, aber mehr als 0,05 v. H., so leistet dieses Mitglied einen Beitrag, dessen Höhe auf der Grundlage seines tatsächlichen Anteils an den Gesamtnettoeinfuhren festgesetzt wird;
- b) beträgt sein Anteil an den Gesamtnettoeinfuhren 0,05 v. H. oder weniger, so leistet dieses Mitglied einen Beitrag in einer auf der Grundlage eines Anteils von 0,05 v. H. der Gesamtnettoeinfuhren festgesetzten Höhe.

(4) Während einer Zeit, in der dieses Übereinkommen nach Artikel 60 Absatz 2 oder Absatz 4 Buchstabe b vorläufig in Kraft ist, darf die finanzielle Verpflichtung jedes Ausfuhr- oder Einfuhrmitglieds gegenüber dem Ausgleichslagerkonto insgesamt den Beitrag dieses Mitglieds nicht überschreiten, berechnet auf der Grundlage der Zahl der Stimmen, die den in den vom Rat nach Artikel 14 Absatz 4 aufzustellenden Tabellen festgesetzten prozentualen Anteilen der Gesamtbeträge von 275 000 Tonnen entsprechen, welche auf die Ausfuhr- bzw. Einfuhrmitgliederkategorien entfallen. Die finanziellen Verpflichtungen der Mitglieder werden, solange dieses Übereinkommen vorläufig in Kraft ist, zu gleichen Teilen von den Ausfuhr- und den Einfuhrmitgliederkategorien getragen. Übersteigt zu irgendeiner Zeit die Gesamtverpflichtung einer Kategorie die der anderen, so wird der größere der beiden Gesamtbeträge auf den geringeren herabgesetzt, wobei die Stimmen jedes Mitglieds in diesem Gesamtbetrag entsprechend den Stimmenanteilen, die sich aus den vom Rat nach Artikel 14 Absatz 4 aufzustellenden Tabellen ergeben, herabgesetzt werden. Ungeachtet des vorliegenden Absatzes und des Artikels 28 Absatz 1 darf der Beitrag eines Mitglieds 125 v. H. des Betrags seines Gesamtbeitrags, berechnet auf der Grundlage seines in Anlage A oder Anlage B dieses Übereinkommens angegebenen Anteils am Welthandel, nicht übersteigen.

(5) Die Gesamtkosten des normalen Ausgleichslagers und des Not-Ausgleichslagers von 550 000 Tonnen werden durch Beiträge der Mitglieder zum Ausgleichslagerkonto finanziert. Diese Beiträge können gegebenenfalls von den dafür vorgesehenen Stellen der betreffenden Mitglieder gezahlt werden.

(6) Die Gesamtkosten des internationalen Ausgleichslagers von 550 000 Tonnen werden aus dem Ausgleichslagerkonto gezahlt. Zu diesen Kosten gehören alle Ausgaben, die mit dem Erwerb und dem Betrieb des internationalen Ausgleichslagers von 550 000 Tonnen zusammenhängen. Sollten die geschätzten Kosten laut Anlage C dieses Übereinkommens die Gesamtkosten des Erwerbs und Betriebs des Ausgleichslagers nicht voll decken, so tritt der Rat zusammen und trifft die notwendigen Vorkehrungen, um die erforderlichen Beiträge zur Deckung dieser Kosten entsprechend den prozentualen Stimmenanteilen abzurufen.

Artikel 28

Zahlung von Beiträgen zum Ausgleichslagerkonto

(1) Es wird ein erster Barbeitrag von 70 Millionen malaysischen Ringgit in das Ausgleichslagerkonto gezahlt. Dieser Betrag, der eine Betriebskapitalrücklage für Ausgleichslagergeschäfte darstellt, wird auf alle Mitglieder entsprechend ihrem prozentualen Stimmenanteil unter Berücksichtigung des Artikels 27 Absatz 3 aufgeteilt und ist innerhalb von 60 Tagen nach der ersten Tagung des Rates nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens zu zahlen. Der erste von einem Mitglied nach dem vorliegenden Absatz zu zahlende Beitrag wird mit Zustimmung des betreffenden Mitglieds ganz oder teilweise durch Übertragung des Anteils des betreffenden Mitglieds an den aufgrund des Internationalen Naturkautschuk-Übereinkommens von 1979 im Ausgleichslagerkonto vorhandenen Barmitteln geleistet.

(2) Der Exekutivdirektor kann jederzeit unabhängig von den Regelungen in Absatz 1 Beiträge abrufen, sofern der Leiter des

tions provided that the Buffer Stock Manager has certified that the Buffer Stock Account may require such funds in the next four months.

3. When a contribution is called, it shall be due from members within 60 days of the date of notification. If requested by any member or members accounting for 200 votes in the Council, the Council shall meet in special session and may modify or disapprove the call-up based on an assessment of the need for funds to support buffer stock operations in the next four months. If the Council cannot reach a decision, contributions shall be due from members in accordance with the Executive Director's notification.

4. Contributions called up for the normal and the contingency Buffer Stock shall be valued at the lower trigger action price in effect at the time such contributions are called.

5. The call-up of contributions to the contingency Buffer Stock shall be handled as follows:

- (a) At the 300,000-tonne review provided for in article 31, the Council shall make all financial and other arrangements which may be necessary for the prompt implementation of the contingency Buffer Stock including call-up of funds if necessary;
- (b) At the 400,000-tonne review provided for in article 31, the Council shall ensure that:
 - (i) All members have made all necessary arrangements for financing their respective shares of the contingency Buffer Stock; and
 - (ii) The contingency Buffer Stock has been invoked and is fully primed for action in accordance with the terms of article 30.

Article 29 Price range

1. There shall be established, for the operations of the Buffer Stock:

- (a) A reference price;
- (b) A lower intervention price;
- (c) An upper intervention price;
- (d) A lower trigger action price;
- (e) An upper trigger action price;
- (f) A lower indicative price; and
- (g) An upper indicative price.

2. On the entry into force of this Agreement, the reference price shall be initially fixed at 201.66 Malaysian/Singapore cents per kilogramme. In the event that the reference price applicable on 20 March 1987 is revised before the expiry of the International Natural Rubber Agreement, 1979, the reference price shall be adjusted upon the entry into force of this Agreement to the level applicable at the time of the expiry of the International Natural Rubber Agreement, 1979.

3. There shall be an upper intervention price and a lower intervention price calculated respectively at plus and minus 15 per cent of the reference price, unless the Council, by special vote, decides otherwise.

4. There shall be an upper trigger action price and a lower trigger action price calculated respectively at plus and minus 20 per cent of the reference price, unless the Council, by special vote, decides otherwise.

5. The prices calculated in accordance with paragraphs 3 and 4 of this article shall be rounded to the nearest cent.

6. On the entry into force of this Agreement, the lower and upper indicative prices shall be initially fixed at 150 and 270 Malaysian/Singapore cents per kilogramme, respectively. In the event that

Ausgleichslagers bestätigt hat, daß das Ausgleichslagerkonto möglicherweise in den nächsten vier Monaten solche Mittel benötigen wird.

(3) Wird ein Beitrag abgerufen, so ist er von den Mitgliedern innerhalb von 60 Tagen nach dem Tag der Notifikation zu zahlen. Auf Ersuchen eines oder mehrerer Mitglieder, denen 200 Stimmen im Rat zustehen, tritt der Rat zu einer außerordentlichen Tagung zusammen und kann den Abruf ändern oder ablehnen, nachdem er den Bedarf an Mitteln zur Unterstützung der Ausgleichslagergeschäfte in den nächsten vier Monaten beurteilt hat. Kann der Rat keinen Beschluß herbeiführen, so sind die Beiträge von den Mitgliedern entsprechend der Notifikation des Exekutivdirektors zu zahlen.

(4) Die für das normale Ausgleichslager und das Not-Ausgleichslager abgerufenen Beiträge werden zum unteren Auslösepreis bewertet, der zur Zeit des Abrufs der Beiträge in Kraft ist.

(5) Der Abruf der Beiträge zum Not-Ausgleichslager wird wie folgt durchgeführt:

- a) Bei der in Artikel 31 vorgesehenen 300 000-Tonnen-Überprüfung wird der Rat alle finanziellen und sonstigen Regelungen treffen, die für die sofortige Errichtung des Not-Ausgleichslagers erforderlich sind, einschließlich eines etwa erforderlichen Abrufs von Mitteln.
- b) Bei der in Artikel 31 vorgesehenen 400 000-Tonnen-Überprüfung stellt der Rat sicher, daß
 - i) alle Mitglieder alle notwendigen Regelungen zur Finanzierung ihrer jeweiligen Anteile am Not-Ausgleichslager getroffen haben und
 - ii) das Not-Ausgleichslager angerufen worden ist und voll für Maßnahmen nach Artikel 30 bereit ist.

Artikel 29 Preisspanne

(1) Für die Geschäftstätigkeit des Ausgleichslagers werden festgelegt

- a) ein Referenzpreis,
- b) ein unterer Interventionspreis,
- c) ein oberer Interventionspreis,
- d) ein unterer Auslösepreis,
- e) ein oberer Auslösepreis,
- f) ein unterer Indikativpreis und
- g) ein oberer Indikativpreis.

(2) Mit Inkrafttreten dieses Übereinkommens wird der Referenzpreis zunächst auf 201,66 malaysische/singapurische Cent je kg festgesetzt. Wird der am 20. März 1987 geltende Referenzpreis vor Außerkrafttreten des Internationalen Naturkautschuk-Übereinkommens von 1979 geändert, so wird der Referenzpreis mit Inkrafttreten dieses Übereinkommens an das im Zeitpunkt des Außerkrafttretens des Internationalen Naturkautschuk-Übereinkommens von 1979 geltende Niveau angeglichen.

(3) Es gibt einen oberen Interventionspreis und einen unteren Interventionspreis, die auf plus bzw. minus 15 v.H. des Referenzpreises festgesetzt werden, sofern nicht der Rat durch besondere Abstimmung etwas anderes beschließt.

(4) Es gibt einen oberen Auslösepreis und einen unteren Auslösepreis, die auf plus bzw. minus 20 v. H. des Referenzpreises festgesetzt werden, sofern nicht der Rat durch besondere Abstimmung etwas anderes beschließt.

(5) Die nach den Absätzen 3 und 4 festgesetzten Preise werden auf volle Cent auf- oder abgerundet.

(6) Mit Inkrafttreten dieses Übereinkommens werden der untere und der obere Indikativpreis zunächst auf 150 bzw. 270 malaysische/singapurische Cent je kg festgesetzt. Werden die am

the indicative prices applicable on 20 March 1987 are revised before the expiry of the International Natural Rubber Agreement, 1979, the indicative prices shall be adjusted upon the entry into force of this Agreement to the levels applicable at the time of the expiry of the International Natural Rubber Agreement, 1979.

Article 30

Operation of the Buffer Stock

1. If, in relation to the price range provided for in article 29, or as subsequently revised in accordance with the provisions of articles 31 and 39, the market indicator price provided for in article 32 is:

- (a) At or above the upper trigger action price, the Buffer Stock Manager shall defend the upper trigger action price by offering natural rubber for sale until the market indicator price falls below the upper trigger action price;
- (b) Above the upper intervention price, the Buffer Stock Manager may sell natural rubber in defence of the upper trigger action price;
- (c) At the upper or lower intervention price, or between them, the Buffer Stock Manager shall neither buy nor sell natural rubber, except in order to carry out his responsibilities for rotation under article 35;
- (d) Below the lower intervention price, the Buffer Stock Manager may buy natural rubber in defence of the lower trigger action price;
- (e) At or below the lower trigger action price, the Buffer Stock Manager shall defend the lower trigger action price by offering to buy natural rubber until the market indicator price exceeds the lower trigger action price.

2. When sales or purchases for the Buffer Stock reach the 400,000-tonne level, the Council shall, by special vote, decide whether to bring the contingency Buffer Stock into operation at:

- (a) The lower or upper trigger action price; or
- (b) Any price between the lower trigger action price and the lower indicative price, or the upper trigger action price and the upper indicative price.

3. Unless the Council, by special vote, decides otherwise under paragraph 2 of this article, the Buffer Stock Manager shall use the contingency Buffer Stock to defend the lower indicative price by bringing the contingency Buffer Stock into operation when the market indicator price is at a level 2 Malaysian/Singapore cents per kilogramme above the lower indicative price, and to defend the upper indicative price by bringing the contingency Buffer Stock into operation when the market indicator price is at a level 2 Malaysian/Singapore cents per kilogramme below the upper indicative price.

4. The total facilities of the Buffer Stock, including the normal Buffer Stock and the contingency Buffer Stock, shall be fully utilized to ensure that the market indicator price does not fall below the lower indicative price or rise above the upper indicative price.

5. Sales and purchases by the Buffer Stock Manager shall be effected through established commercial markets at prevailing prices, and all his transactions shall be in physical rubber for delivery not later than three calendar months forward.

6. To facilitate the operation of the Buffer Stock, the Council shall establish branch offices and such facilities of the Buffer Stock Manager's office, where necessary, in established rubber markets and approved warehouse locations.

20. März 1987 geltenden Indikativpreise vor Außerkrafttreten des Internationalen Naturkautschuk-Übereinkommens von 1979 geändert, so werden die Indikativpreise mit Inkrafttreten dieses Übereinkommens an die im Zeitpunkt des Außerkrafttretens des Internationalen Naturkautschuk-Übereinkommens von 1979 geltenden Niveaus angeglichen.

Artikel 30

Geschäftstätigkeit des Ausgleichslagers

(1) Liegt im Verhältnis zu der in Artikel 29 vorgesehenen oder später nach den Artikeln 31 und 39 geänderten Preisspanne der durchschnittliche Marktpreis nach Artikel 32

- a) bei oder über dem oberen Auslösepreis, so verteidigt der Leiter des Ausgleichslagers den oberen Auslösepreis, indem er Naturkautschuk zum Verkauf anbietet, bis der durchschnittliche Marktpreis unter den oberen Auslösepreis fällt;
- b) über dem oberen Interventionspreis, so kann der Leiter des Ausgleichslagers Naturkautschuk zur Verteidigung des oberen Auslösepreises verkaufen;
- c) bei dem oberen oder unteren Interventionspreis oder dazwischen, so wird der Leiter des Ausgleichslagers Naturkautschuk weder kaufen noch verkaufen, außer um seine Aufgaben im Rahmen der Umwälzung nach Artikel 35 zu erfüllen;
- d) unter dem unteren Interventionspreis, so kann der Leiter des Ausgleichslagers zur Verteidigung des unteren Auslösepreises Naturkautschuk kaufen;
- e) bei oder unter dem unteren Auslösepreis, so verteidigt der Leiter des Ausgleichslagers den unteren Auslösepreis, indem er sich erbietet, Naturkautschuk zu kaufen, bis der durchschnittliche Marktpreis über dem unteren Auslösepreis liegt.

(2) Erreichen Verkäufe oder Käufe für das Ausgleichslager die 400 000-Tonnen-Grenze, so beschließt der Rat durch besondere Abstimmung, ob er das Not-Ausgleichslager

- a) beim unteren oder oberen Auslösepreis oder
 - b) bei irgendeinem Preis zwischen dem unteren Auslösepreis und dem unteren Indikativpreis oder dem oberen Auslösepreis und dem oberen Indikativpreis
- zum Einsatz bringen will.

(3) Sofern nicht der Rat durch besondere Abstimmung nach Absatz 2 etwas anderes beschließt, benutzt der Leiter des Ausgleichslagers das Not-Ausgleichslager zur Verteidigung des unteren Indikativpreises, indem er das Not-Ausgleichslager zum Einsatz bringt, wenn der durchschnittliche Marktpreis sich auf einem Niveau von 2 malaysischen/singapurischen Cent je kg über dem unteren Indikativpreis befindet, und zur Verteidigung des oberen Indikativpreises, indem er das Not-Ausgleichslager zum Einsatz bringt, wenn der durchschnittliche Marktpreis sich auf einem Niveau von 2 malaysischen/singapurischen Cent je kg unter dem oberen Indikativpreis befindet.

(4) Die Gesamtmittel des Ausgleichslagers, d. h. einschließlich des normalen Ausgleichslagers und des Not-Ausgleichslagers, werden voll dafür genutzt, sicherzustellen, daß der durchschnittliche Marktpreis nicht unter den unteren Indikativpreis fällt oder über den oberen Indikativpreis steigt.

(5) Die Verkäufe und Käufe des Leiters des Ausgleichslagers erfolgen auf anerkannten kommerziellen Märkten zu geltenden Preisen, und alle seine Transaktionen werden in effektivem Kautschuk für Terminlieferung in spätestens drei Kalendermonaten getätigt.

(6) Zur Erleichterung der Geschäftstätigkeit des Ausgleichslagers errichtet der Rat erforderlichenfalls Zweigbüros und ähnliche Einrichtungen des Büros des Leiters des Ausgleichslagers auf anerkannten Kautschukmärkten und an genehmigten Lagerhausstandorten.

7. The Buffer Stock Manager shall prepare a monthly report on buffer stock transactions and the Buffer Stock Account's financial position. Thirty days after the end of each month, the report for that month shall be made available to members.

8. The information on buffer stock transactions shall include quantities, prices, types, grades and markets of all buffer stock operations, including rotations effected. The information on the Buffer Stock Account's financial position shall also include interest rates on and terms and conditions of deposits, the currencies operated in and other relevant information on the items referred to in paragraph 2 of article 21.

Article 31

Review and revision of the price range

A. Reference price

1. Review and revision of the reference price shall be based on market trends and/or net changes in the Buffer Stock, subject to the provisions of this section of this article. The reference price shall be reviewed by the Council 18 months after the last review pursuant to paragraph 1 of article 32 of the International Natural Rubber Agreement, 1979, or, in the event that this Agreement enters into force after 1 May 1988, at the first session of the Council under this Agreement, and every 15 months thereafter.

- (a) If the average of the daily market indicator prices over the six-month period prior to a review is at the upper intervention price, at the lower intervention price, or between these two prices, no revision of the reference price shall take place.
- (b) If the average of the daily market indicator prices over the six-month period prior to a review is below the lower intervention price, the reference price shall be automatically revised downwards by 5 per cent of its level at the time of the review, unless the Council, by special vote, decides on a higher percentage adjustment downwards of the reference price.
- (c) If the average of the daily market indicator prices over the six-month period prior to a review is above the upper intervention price, the reference price shall be automatically revised upwards by 5 per cent of its level at the time of the review, unless the Council, by special vote, decides on a higher percentage adjustment upwards of the reference price.

2. Following a net change in the Buffer Stock of 100,000 tonnes since the last assessment under paragraph 2 of article 32 of the International Natural Rubber Agreement, 1979, or under this paragraph, the Executive Director shall convene a special session of the Council to assess the situation. The Council may, by special vote, decide to take appropriate measures which may include:

- (a) Suspension of buffer stock operations;
- (b) Change in the rate of buffer stock purchases or sales; and
- (c) Revision of the reference price.

3. If net buffer stock purchases or sales amounting to 300,000 tonnes have taken place since (a) the last revision under paragraph 3 of article 32 of the International Natural Rubber Agreement, 1979, (b) the last revision under this paragraph, or (c) the last revision under paragraph 2 of this article, whichever is most recent, the reference price shall be lowered or raised, respectively, by 3 per cent of its current level unless the Council, by special vote, decides to lower or raise it, respectively, by a higher percentage amount.

(7) Der Leiter des Ausgleichslagers arbeitet einen Monatsbericht über die Transaktionen des Ausgleichslagers und die finanzielle Lage des Ausgleichslagerkontos aus. Dreißig Tage nach Ablauf jedes Monats wird der Bericht für diesen Monat den Mitgliedern zur Verfügung gestellt.

(8) Die Angaben über Ausgleichslagertransaktionen umfassen Mengen, Preise, Typen, Gradierungen und Märkte aller Ausgleichslagergeschäfte einschließlich der vorgenommenen Umwälzungen. Die Angaben über die finanzielle Lage des Ausgleichslagerkontos umfassen außerdem Zinssätze und Bedingungen für Einlagen, die Währungen, in denen Geschäfte getätigt wurden, sowie andere einschlägige Angaben über die in Artikel 21 Absatz 2 bezeichneten Gegenstände.

Artikel 31

Überprüfung und Änderung der Preisspanne

A. Referenzpreis

(1) Die Überprüfung und Änderung des Referenzpreises erfolgt nach Maßgabe dieses Abschnitts aufgrund von Markttendenzen und/oder Nettoänderungen des Ausgleichslagers. Der Referenzpreis wird vom Rat 18 Monate nach der letzten Überprüfung gemäß Artikel 32 Absatz 1 des Internationalen Naturkautschuk-Übereinkommens von 1979 oder, falls dieses Übereinkommen nach dem 1. Mai 1988 in Kraft tritt, auf der ersten Tagung des Rates aufgrund dieses Übereinkommens und danach alle 15 Monate überprüft.

- a) Liegt der Durchschnitt der täglichen durchschnittlichen Marktpreise während der sechs Monate vor einer Überprüfung beim oberen Interventionspreis, beim unteren Interventionspreis oder dazwischen, so erfolgt keine Änderung des Referenzpreises.
- b) Liegt der Durchschnitt der täglichen durchschnittlichen Marktpreise während der sechs Monate vor einer Überprüfung unter dem unteren Interventionspreis, so wird der Referenzpreis automatisch um 5 v. H. gegenüber dem Niveau zum Zeitpunkt der Überprüfung gesenkt, sofern nicht der Rat durch besondere Abstimmung eine größere prozentuale Senkung des Referenzpreises beschließt.
- c) Liegt der Durchschnitt der täglichen durchschnittlichen Marktpreise während der sechs Monate vor einer Überprüfung über dem oberen Interventionspreis, so wird der Referenzpreis automatisch um 5 v. H. gegenüber dem Niveau zum Zeitpunkt der Überprüfung erhöht, sofern nicht der Rat durch besondere Abstimmung eine größere prozentuale Erhöhung des Referenzpreises beschließt.

(2) Nach einer Nettoänderung des Ausgleichslagers um 100 000 Tonnen seit der letzten Festsetzung aufgrund des Artikels 32 Absatz 2 des Internationalen Naturkautschuk-Übereinkommens von 1979 oder aufgrund des vorliegenden Absatzes beruft der Exekutivdirektor eine außerordentliche Tagung des Rates ein, um die Lage zu beurteilen. Der Rat kann durch besondere Abstimmung beschließen, angemessene Maßnahmen zu treffen, zu denen gehören können

- a) Aussetzung der Geschäftstätigkeit des Ausgleichslagers;
- b) Änderung des Rhythmus der Ausgleichslagerkäufe oder -verkäufe und
- c) Änderung des Referenzpreises.

(3) Haben seit a) der letzten Änderung aufgrund des Artikels 32 Absatz 3 des Internationalen Naturkautschuk-Übereinkommens von 1979, b) der letzten Änderung aufgrund des vorliegenden Absatzes oder c) der letzten Änderung nach Absatz 2, je nachdem, welcher Tag später liegt, Nettoausgleichslagerkäufe oder -verkäufe in Höhe von 300 000 Tonnen stattgefunden, so wird der Referenzpreis um 3 v. H. seines gegenwärtigen Niveaus gesenkt bzw. erhöht, sofern nicht der Rat durch besondere Abstimmung beschließt, ihn um einen größeren Vorhundertatz zu senken oder zu erhöhen.

4. Any adjustments of the reference price for any reason shall not be such as to allow the trigger action prices to breach the lower or upper indicative prices.

B. Indicative prices

5. The Council may, by special vote, revise the lower and upper indicative prices at reviews provided for in this section of this article.

6. The Council shall ensure that any revision of indicative prices is consistent with evolving market trends and conditions. In this connection, the Council shall take into consideration the trend of natural rubber prices, consumption, supply, production costs and stocks, as well as the quantity of natural rubber held in the Buffer Stock and the financial position of the Buffer Stock Account.

7. The lower and upper indicative prices shall be reviewed:

- (a) 30 months after the last review pursuant to paragraph 7 (a) of article 32 of the International Natural Rubber Agreement, 1979, or, in the event that this Agreement enters into force after 1 May 1988, at the first session of the Council under this Agreement, and every 30 months thereafter;
- (b) In exceptional circumstances, at the request of a member or members accounting for 200 or more votes in the Council; and
- (c) When the reference price has been revised (i) downwards since the last revision of the lower indicative price or the entry into force of the International Natural Rubber Agreement, 1979, or (ii) upwards since the last revision of the upper indicative price or the entry into force of the International Natural Rubber Agreement, 1979, by at least 3 per cent under paragraph 3 of this article and at least 5 per cent under paragraph 1 of this article, or by at least this amount under paragraphs 1, 2 and/or 3 of this article, provided that the average of the daily market indicator price for the 60 days subsequent to the last revision of the reference price is either below the lower intervention price or above the upper intervention price, respectively.

8. Notwithstanding paragraphs 5, 6 and 7 of this article, there shall be no upward revision in the lower or upper indicative price if the average of the daily market indicator prices over the six-month period prior to a review of the price range under this article is below the reference price. Similarly, there shall be no downward revision in the lower or upper indicative price if the average of the daily market indicator prices over the six-month period prior to a review of the price range under this article is above the reference price.

Article 32

Market indicator price

1. There shall be established a daily market indicator price which shall be a composite, weighted average – reflecting the market in natural rubber – of daily official current-month prices on the Kuala Lumpur, London, New York and Singapore markets. Initially, the daily market indicator price shall comprise RSS 1, RSS 3 and TSR 20 and their weighting shall be equal. All quotations shall be converted into f.o.b. Malaysian/Singapore ports in Malaysian/Singapore currency.

2. The type/grade composition weightings and method of computing the daily market indicator price shall be reviewed and may, by special vote, be revised by the Council to ensure that it reflects the market in natural rubber.

(4) Eine Berichtigung des Referenzpreises aus irgendeinem Grund darf nicht dazu führen, daß die Auslösepreise den unteren oder oberen Indikativpreis durchbrechen.

B. Indikativpreise

(5) Der Rat kann durch besondere Abstimmung bei den in diesem Abschnitt vorgesehenen Überprüfungen den unteren und oberen Indikativpreis ändern.

(6) Der Rat stellt sicher, daß jede Änderung der Indikativpreise mit den sich abzeichnenden Markttendenzen und -bedingungen im Einklang steht. In diesem Zusammenhang berücksichtigt der Rat die Tendenz der Naturkautschukpreise, des Verbrauchs, des Angebots, der Produktionskosten und der Bestände sowie die Menge des im Ausgleichslager gehaltenen Naturkautschuks und die finanzielle Lage des Ausgleichslagerkontos.

(7) Der untere und der obere Indikativpreis werden überprüft

- a) 30 Monate nach der letzten Überprüfung gemäß Artikel 32 Absatz 7 Buchstabe a des Internationalen Naturkautschuk-Übereinkommens von 1979 oder, falls dieses Übereinkommen nach dem 1. Mai 1988 in Kraft tritt, auf der ersten Tagung des Rates aufgrund dieses Übereinkommens und danach alle 30 Monate;
- b) bei außergewöhnlichen Umständen auf Verlangen eines oder mehrerer Mitglieder, die 200 oder mehr Stimmen im Rat innehaben, und
- c) wenn der Referenzpreis 1) seit der letzten Änderung des unteren Indikativpreises oder dem Inkrafttreten des Internationalen Naturkautschuk-Übereinkommens von 1979 nach Absatz 3 um mindestens 3 v. H. und nach Absatz 1 um mindestens 5 v. H. oder nach den Absätzen 1, 2 und/oder 3 um mindestens diesen Betrag gesenkt oder ii) seit der letzten Änderung des oberen Indikativpreises oder dem Inkrafttreten des Internationalen Naturkautschuk-Übereinkommens von 1979 nach Absatz 3 um mindestens 3 v. H. und nach Absatz 1 um mindestens 5 v. H. oder nach den Absätzen 1, 2 und/oder 3 um mindestens diesen Betrag erhöht worden ist, vorausgesetzt, daß der Durchschnitt des täglichen durchschnittlichen Marktpreises während der auf die letzte Änderung des Referenzpreises folgenden 60 Tage entweder unter dem unteren Interventionspreis oder über dem oberen Interventionspreis liegt.

(8) Ungeachtet der Absätze 5, 6 und 7 findet keine Erhöhung des unteren oder oberen Indikativpreises statt, wenn der Durchschnitt der täglichen durchschnittlichen Marktpreise während der sechs Monate vor einer Überprüfung der Preisspanne aufgrund dieses Artikels unter dem Referenzpreis liegt. Ebenso findet keine Senkung des unteren oder oberen Indikativpreises statt, wenn der Durchschnitt der täglichen durchschnittlichen Marktpreise während der sechs Monate vor einer Überprüfung der Preisspanne aufgrund dieses Artikels über dem Referenzpreis liegt.

Artikel 32

Durchschnittlicher Marktpreis

(1) Es wird ein täglicher durchschnittlicher Marktpreis ermittelt, der sich aus einem zusammengesetzten, gewichteten und dem Markt für Naturkautschuk entsprechenden Durchschnitt der täglichen amtlichen Preise für den laufenden Monat auf den Märkten Kuala Lumpur, London, New York und Singapur ergibt. Zunächst wird der tägliche durchschnittliche Marktpreis nach dem Preis von RSS 1, RSS 3 und TSR 20 ermittelt, wobei die Gewichtungskoeffizienten gleich sind. Alle Notierungen werden in malaysischer/singapurischer Währung in Preise fob malaysische/singapurische Häfen umgerechnet.

(2) Die Zusammensetzung nach Typ/Gradierung, die Gewichtungskoeffizienten und die Methode zur Berechnung des täglichen durchschnittlichen Marktpreises werden vom Rat überprüft und können durch besondere Abstimmung geändert werden, um sicherzustellen, daß er dem Markt für Naturkautschuk entspricht.

3. The market indicator price shall be deemed above, at or below price levels specified in this Agreement if the average of the daily market indicator prices for the last five market days is above, at or below such price levels.

Article 33

Composition of buffer stocks

1. At its first session after the entry into force of this Agreement, the Council shall name the internationally recognized standard types and grades of ribbed smoked sheets and technically specified rubbers for inclusion in the Buffer Stock, provided that the following criteria are met:

- (a) The lowest types and grades of natural rubber authorized for inclusion in the Buffer Stock shall be RSS 3 and TSR 20; and
- (b) All types and grades allowed under subparagraph (a) of this paragraph which account for at least 3 per cent of the previous calendar year's international trade in natural rubber shall be named.

2. The Council may, by special vote, change these criteria and/or the selected types/grades if that is necessary to ensure that the composition of the Buffer Stock reflects the evolving market situation, attainment of the stabilization objectives of this Agreement and the need to maintain a high commercial standard of quality of buffer stocks.

3. The Buffer Stock Manager should attempt to ensure that the composition of the Buffer Stock reflects the export/import patterns for natural rubber, while promoting the stabilization objectives of this Agreement.

4. The Council may, by special vote, direct the Buffer Stock Manager to change the composition of the Buffer Stock if the objective of price stabilization so dictates.

Article 34

Location of buffer stocks

1. The location of buffer stocks shall ensure economic and efficient commercial operations. In accordance with this principle, the buffer stocks shall be located in the territory of both exporting and importing members, unless the Council, by special vote, decides otherwise. The distribution of the buffer stocks among the members shall be effected in such a way as to attain the stabilization objectives of this Agreement, while minimizing costs.

2. In order to maintain high commercial quality standards, buffer stocks shall be stored only in warehouses approved on the basis of criteria to be decided by the Council.

3. After the entry into force of this Agreement, the Council shall establish and approve the list of warehouses and the necessary arrangements for their use. The Council may, if necessary, review the list of warehouses approved by the Council of the International Natural Rubber Agreement, 1979, and the criteria established by the said Council and maintain or revise them accordingly.

4. The Council shall also periodically review the location of the buffer stocks and may, by special vote, direct the Buffer Stock Manager to change the location of the buffer stocks to ensure economic and efficient commercial operations.

(3) Der durchschnittliche Marktpreis gilt als über, auf oder unter den in diesem Übereinkommen bezeichneten Preisniveaus liegend, wenn der Durchschnitt der täglichen durchschnittlichen Marktpreise während der letzten fünf Markttage über, auf oder unter diesen Preisniveaus liegt.

Artikel 33

Zusammensetzung der Ausgleichslagerbestände

(1) Auf seiner ersten Tagung nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens bezeichnet der Rat die international anerkannten Standardtypen und -gradierungen von RSS und TSR zur Aufnahme in das Ausgleichslager, sofern folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

- a) Die untersten Typen und Gradierungen von Naturkautschuk, der für die Aufnahme in das Ausgleichslager zugelassen ist, sind RSS 3 und TSR 20, und
- b) alle nach Buchstabe a zugelassenen Typen und Gradierungen, die mindestens 3 v. H. des internationalen Handels in Naturkautschuk im vergangenen Jahr ausmachen, müssen bezeichnet werden.

(2) Der Rat kann durch besondere Abstimmung diese Voraussetzungen und/oder die ausgewählten Typen/Gradierungen ändern, wenn dies nötig ist, um sicherzustellen, daß die Zusammensetzung des Ausgleichslagers der sich abzeichnenden Marktlage, der Erreichung der Stabilisierungsziele dieses Übereinkommens und der Notwendigkeit, einen hohen kommerziellen Qualitätsstandard der Ausgleichslagerbestände aufrechtzuerhalten, entspricht.

(3) Der Leiter des Ausgleichslagers soll sich bemühen, dafür zu sorgen, daß die Zusammensetzung des Ausgleichslagers den Ausfuhr-/Einfuhrstrukturen für Naturkautschuk entspricht und gleichzeitig die Stabilisierungsziele dieses Übereinkommens fördert.

(4) Der Rat kann durch besondere Abstimmung den Leiter des Ausgleichslagers anweisen, die Zusammensetzung des Ausgleichslagers zu ändern, wenn das Ziel der Preisstabilisierung dies vorschreibt.

Artikel 34

Standort der Ausgleichslager

(1) Der Standort der Ausgleichslager muß eine wirtschaftliche und wirksame kommerzielle Tätigkeit gewährleisten. Nach diesem Grundsatz müssen die Lager im Hoheitsgebiet sowohl von Ausfuhr- als auch von Einfuhrmitgliedern liegen, sofern nicht der Rat durch besondere Abstimmung etwas anderes beschließt. Die Verteilung der Lager auf die Mitglieder erfolgt so, daß die Stabilisierungsziele dieses Übereinkommens erreicht werden, wobei die Kosten möglichst gering zu halten sind.

(2) Um hohe kommerzielle Qualitätsstandards aufrechtzuerhalten, werden die Ausgleichslager nur in Lagerhäusern gehalten, die auf der Grundlage der vom Rat festzulegenden Maßstäbe genehmigt worden sind.

(3) Nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens erstellt und genehmigt der Rat das Verzeichnis von Lagerhäusern und legt die nötigen Vorkehrungen für ihre Benutzung fest. Der Rat kann das vom Rat des Internationalen Naturkautschuk-Übereinkommens von 1979 genehmigte Verzeichnis von Lagerhäusern und die von dem genannten Rat festgelegten Maßstäbe erforderlichenfalls überprüfen und sie beibehalten oder entsprechend ändern.

(4) Der Rat wird ferner in regelmäßigen Abständen den Standort der Ausgleichslager überprüfen; er kann durch besondere Abstimmung den Leiter des Ausgleichslagers anweisen, den Standort der Lager zu verlegen, um eine wirtschaftliche und wirksame kommerzielle Tätigkeit zu gewährleisten.

Article 35**Rotation of buffer stocks**

The Buffer Stock Manager shall ensure that all buffer stocks are purchased and maintained at a high commercial standard of quality. He shall rotate natural rubber stored in the Buffer Stock as necessary to ensure such standards, taking into appropriate consideration the cost of such rotation and its impact on the stability of the market. The costs of rotation shall be brought into the Buffer Stock Account.

Article 36**Restriction or suspension of buffer stock operations**

1. Notwithstanding the provisions of article 30, the Council, if in session, may, by special vote, restrict or suspend the operations of the Buffer Stock, if in its opinion the discharge of the obligations laid upon the Buffer Stock Manager by that article will not achieve the objectives of this Agreement.

2. If the Council is not in session, the Executive Director may, after consultation with the Chairman, restrict or suspend the operations of the Buffer Stock, if in his opinion the discharge of the obligations laid upon the Buffer Stock Manager by article 30 will not achieve the objectives of this Agreement.

3. Immediately after a decision to restrict or suspend the operations of the Buffer Stock under paragraph 2 of this article, the Executive Director shall convene a session of the Council to review such decision. Notwithstanding the provisions of paragraph 4 of article 13, the Council shall meet within 10 days after the date of restriction or suspension and shall, by special vote, confirm or cancel such restriction or suspension. If the Council cannot come to a decision at that session, buffer stock operations shall be resumed without any restriction imposed under this article.

4. As long as any restriction or suspension of buffer stock operations decided in accordance with this article remains in force, the Council shall review this decision at intervals of not longer than three months. If at a session to make such a review the Council does not confirm, by special vote, the continuation of the restriction or suspension, or does not come to a decision, buffer stock operations shall be resumed without restriction.

Article 37**Penalties relating to contributions to the Buffer Stock Account**

1. If a member does not fulfil its obligation to contribute to the Buffer Stock Account by the last day such contribution becomes due, it shall be considered to be in arrears. A member in arrears for 60 days or more shall not count as a member for the purpose of voting on matters covered in paragraph 2 of this article.

2. The voting and other rights in the Council of a member in arrears for 60 days or more under paragraph 1 of this article shall be suspended, unless the Council, by special vote, decides otherwise.

3. A member in arrears shall bear interest charges at the prime rate in the host country beginning on the last day such payments become due. Coverage of arrears by the remaining importing and exporting members shall be on a voluntary basis.

Artikel 35**Umwälzung der Ausgleichslagerbestände**

Der Leiter des Ausgleichslagers sorgt dafür, daß alle Ausgleichslagerbestände auf einem hohen kommerziellen Qualitätsstandard gekauft und erhalten werden. Er wälzt den in dem Ausgleichslager gelagerten Naturkautschuk nach Bedarf um, um einen solchen Standard zu erhalten, wobei er die Kosten einer solchen Umwälzung und ihre Wirkung auf die Marktstabilität angemessen berücksichtigt. Die Kosten der Umwälzung werden dem Ausgleichslagerkonto angelastet.

Artikel 36**Einschränkung oder Aussetzung der Geschäftstätigkeit des Ausgleichslagers**

(1) Unbeschadet des Artikels 30 kann der Rat, sofern er zu einer Tagung zusammengetreten ist, die Geschäftstätigkeit des Ausgleichslagers durch besondere Abstimmung einschränken oder aussetzen, wenn nach seiner Meinung die Erfüllung der dem Leiter des Ausgleichslagers durch den genannten Artikel auferlegten Verpflichtungen nicht zur Erreichung der Ziele dieses Übereinkommens führen wird.

(2) Außerhalb der Ratstagungen kann der Exekutivdirektor nach Konsultation mit dem Vorsitzenden die Geschäftstätigkeit des Ausgleichslagers einschränken oder aussetzen, wenn nach seiner Meinung die Erfüllung der dem Leiter des Ausgleichslagers durch Artikel 30 auferlegten Verpflichtungen nicht zur Erreichung der Ziele dieses Übereinkommens führen wird.

(3) Unmittelbar nach einem Beschluß zur Einschränkung oder Aussetzung der Geschäftstätigkeit des Ausgleichslagers nach Absatz 2 beruft der Exekutivdirektor eine Tagung des Rates zur Überprüfung dieses Beschlusses ein. Unbeschadet des Artikels 13 Absatz 4 tritt der Rat binnen 10 Tagen nach dem Tag der Einschränkung oder Aussetzung zusammen und wird diese Einschränkung oder Aussetzung durch besondere Abstimmung bestätigen oder aufheben. Kann der Rat auf dieser Tagung nicht zu einem Beschluß gelangen, so wird die Geschäftstätigkeit des Ausgleichslagers ohne eine nach diesem Artikel auferlegte Einschränkung wieder aufgenommen.

(4) Solange eine nach diesem Artikel beschlossene Einschränkung oder Aussetzung der Geschäftstätigkeit des Ausgleichslagers in Kraft bleibt, überprüft der Rat diesen Beschluß in Abständen von nicht mehr als drei Monaten. Sofern der Rat auf einer Tagung zur Durchführung dieser Überprüfung nicht durch besondere Abstimmung die Fortgeltung der Einschränkung oder Aussetzung bestätigt oder nicht zu einem Beschluß gelangt, wird die Geschäftstätigkeit des Ausgleichslagers ohne Einschränkung wieder aufgenommen.

Artikel 37**Bußen im Zusammenhang mit Beiträgen zum Ausgleichslagerkonto**

(1) Kommt ein Mitglied seiner Verpflichtung zur Leistung eines Beitrags zum Ausgleichslagerkonto bis zum letzten Tag der Fälligkeit eines solchen Beitrags nicht nach, so gilt es als mit seiner Zahlung im Rückstand befindlich. Ein Mitglied, das 60 Tage oder mehr mit seiner Zahlung im Rückstand ist, gilt für den Zweck der Abstimmung über die in Absatz 2 bezeichneten Fragen nicht als Mitglied.

(2) Das Stimmrecht und die anderen Rechte, die ein Mitglied, das nach Absatz 1 60 Tage oder mehr mit seiner Zahlung im Rückstand ist, im Rat hat, werden zeitweilig entzogen, sofern nicht der Rat durch besondere Abstimmung etwas anderes beschließt.

(3) Ein Mitglied, das mit seiner Zahlung im Rückstand ist, zahlt Zinsen zum Zinssatz für erstklassige Papiere im Gastland vom letzten Tag der Fälligkeit der Zahlung an. Der Ausgleich rückständiger Zahlungen durch die übrigen Einfuhr- und Ausfuhrmitglieder erfolgt auf der Grundlage der Freiwilligkeit.

4. When the default has been remedied to the satisfaction of the Council, the voting and other rights of the member in arrears for 60 days or more shall be restored. If the arrears have been made good by other members, these members shall be fully reimbursed.

(4) Ist der Zahlungsverzug zur Zufriedenheit des Rates beseitigt worden, so werden das Stimmrecht und die anderen Rechte des Mitglieds, das 60 Tage oder mehr mit seiner Zahlung im Rückstand war, wiederhergestellt. Ist der Rückstand durch andere Mitglieder ausgeglichen worden, so werden diese Mitglieder voll entschädigt.

Article 38

Adjustment of contributions to the Buffer Stock Account

1. When the votes are redistributed at the first regular session in each financial year or whenever the membership of the Organization changes, the Council shall make the necessary adjustment of each member's contribution to the Buffer Stock Account in accordance with the provisions of this article. For this purpose, the Executive Director shall determine:

- (a) The net cash contribution of each member, by subtracting refunds of contributions to that member in accordance with paragraph 2 of this article from the sum of all contributions paid by that member since the entry into force of this Agreement;
- (b) The total net call-ups, by summing the consecutive call-ups and subtracting the total of refunds made in accordance with paragraph 2 of this article;
- (c) The revised net contribution for each member, by apportioning the total net call-ups among members on the basis of each member's revised voting share in the Council pursuant to article 14, subject to paragraph 3 of article 27, provided that the voting share of each member shall, for the purpose of this article, be calculated without regard to the suspension of any member's voting rights or any redistribution of votes resulting therefrom.

Where a member's net cash contribution exceeds its revised net contribution, a refund of the difference minus any outstanding penalty interest on arrears shall be made to that member from the Buffer Stock Account. Where a member's revised net contribution exceeds its net cash contribution, a payment of the difference plus any outstanding penalty interest on arrears shall be made by that member to the Buffer Stock Account.

2. If the Council, having regard to paragraphs 2 and 3 of article 28, decides that there are net cash contributions in excess of funds required to support buffer stock operations within the next four months, the Council shall refund such excess net cash contributions less initial contributions unless it decides, by special vote, either to make no such refund or to refund a smaller amount. Members' shares of the amount to be refunded shall be in proportion to their net cash contributions, minus any outstanding penalty interest on arrears. The contribution liability of members in arrears shall be reduced in the same proportion as the refund bears to the total net cash contributions.

3. At the request of a member, the refund to which it is entitled may be retained in the Buffer Stock Account. If a member requests that its refund be retained in the Buffer Stock Account, this amount shall be credited against any additional contribution requested in accordance with article 28. The credit retained in the Buffer Stock Account at the request of a member shall bear interest at the average rate of interest earned on funds in the Buffer Stock Account, beginning the last day when the amount should normally be reimbursed to that member until the day preceding the actual reimbursement.

4. The Executive Director shall immediately notify members of any required payments or refunds resulting from adjustments made in accordance with paragraphs 1 and 2 of this article. Such payments by members or refunds to members shall be made within 60 days from the date the Executive Director issues such notification.

Artikel 38

Bereinigung der Beiträge zum Ausgleichslagerkonto

(1) Bei der Neuverteilung der Stimmen auf der ersten ordentlichen Tagung jedes Rechnungsjahrs oder bei jeder Änderung der Mitgliedschaft der Organisation nimmt der Rat die erforderliche Bereinigung des Beitrags jedes Mitglieds zum Ausgleichslagerkonto entsprechend diesem Artikel vor. Dazu bestimmt der Exekutivdirektor

- a) den Nettobarbeitrag jedes Mitglieds, indem er die Beitragsrückzahlungen an dieses Mitglied nach Absatz 2 von der Summe aller von diesem Mitglied seit Inkrafttreten dieses Übereinkommens gezahlten Beiträge abzieht;
- b) die Gesamtnettoabrufe, indem er die aufeinanderfolgenden Abrufe zusammenzählt und den Gesamtbetrag der nach Absatz 2 vorgenommenen Rückzahlungen abzieht;
- c) den geänderten Nettobarbeitrag für jedes Mitglied, indem er die Gesamtnettoabrufe unter den Mitgliedern auf der Grundlage des geänderten Stimmenanteils jedes Mitglieds im Rat nach Artikel 14 vorbehaltlich des Artikels 27 Absatz 3 aufteilt; dabei wird der Stimmenanteil jedes Mitglieds für die Zwecke des vorliegenden Artikels ohne Rücksicht auf den zeitweiligen Entzug des Stimmrechts eines Mitglieds oder eine sich daraus ergebende Neuverteilung der Stimmen berechnet.

Übersteigt der Nettobarbeitrag eines Mitglieds seinen geänderten Nettobarbeitrag, so wird der Unterschiedsbetrag abzüglich etwaiger noch ausstehender Strafzinsen für Zahlungsrückstände dem Mitglied aus dem Ausgleichslagerkonto zurückgezahlt. Übersteigt der geänderte Nettobarbeitrag eines Mitglieds seinen Nettobarbeitrag, so zahlt das Mitglied den Unterschiedsbetrag zuzüglich etwaiger noch ausstehender Strafzinsen für Zahlungsrückstände in das Ausgleichslagerkonto.

(2) Beschließt der Rat nach Artikel 28 Absätze 2 und 3, daß die Nettobarbeiträge die zur Finanzierung der Geschäftstätigkeit des Ausgleichslagers innerhalb der nächsten vier Monate erforderlichen Mittel übersteigen, so zahlt er die überschüssigen Nettobarbeiträge abzüglich der Erstbeiträge zurück, sofern er nicht durch besondere Abstimmung beschließt, eine solche Rückzahlung nicht vorzunehmen oder einen geringeren Betrag zurückzuzahlen. Die Anteile der Mitglieder an dem rückzahlbaren Betrag entsprechen ihren Nettobarbeiträgen abzüglich etwaiger noch ausstehender Strafzinsen für Zahlungsrückstände. Die Beitragsverbindlichkeit der mit der Zahlung im Rückstand befindlichen Mitglieder verringert sich in demselben Verhältnis, in dem die Rückzahlungen zu den Gesamtnettobarbeiträgen stehen.

(3) Auf Ersuchen eines Mitglieds kann die Rückzahlung, auf die es Anspruch hat, im Ausgleichslagerkonto zurückgehalten werden. Verlangt ein Mitglied, daß seine Rückzahlung im Ausgleichslagerkonto zurückbehalten wird, so wird dieser Betrag gegen etwa nach Artikel 28 verlangte zusätzliche Beiträge aufgerechnet. Das auf Ersuchen eines Mitglieds im Ausgleichslager zurückgehaltene Guthaben trägt vom letzten Tag an, an dem der Betrag normalerweise dem Mitglied erstattet werden sollte, bis zu dem Tag vor der tatsächlichen Erstattung Zinsen zu dem durchschnittlichen Habenzinssatz für Mittel im Ausgleichslagerkonto.

(4) Der Exekutivdirektor notifiziert den Mitgliedern sofort alle sich aus den Bereinigungen nach den Absätzen 1 und 2 ergebenden erforderlichen Zahlungen oder Rückzahlungen. Diese Zahlungen der Mitglieder oder Rückzahlungen an die Mitglieder erfolgen binnen 60 Tagen nach der Herausgabe der Notifikation durch den Exekutivdirektor.

5. In the event that the amount of cash in the Buffer Stock Account exceeds the value of total net cash contributions of members, such surplus funds shall be distributed upon termination of this Agreement.

Article 39

The Buffer Stock and changes in exchange rates

1. In the event that the exchange rate between the Malaysian ringgit/Singapore dollar and the currencies of the major natural rubber exporting and importing members changes to the extent that the operations of the Buffer Stock are significantly affected, the Executive Director shall, in accordance with article 36, or members may, in accordance with article 13, call for a special session of the Council. The Council shall meet within 10 days to confirm or cancel measures already taken by the Executive Director pursuant to article 36, and may, by special vote, decide to take appropriate measures, including the possibility of revising the price range, pursuant to the principles of the first sentences of paragraphs 1 and 6 of article 31.

2. The Council shall, by special vote, establish a procedure to determine a significant change in the parities of these currencies for the sole purpose of ensuring the timely convening of the Council.

3. In the event that there is a divergency between the Malaysian ringgit and the Singapore dollar to the extent that buffer stock operations are significantly affected, the Council shall meet to review the situation and may consider the adoption of a single currency.

Article 40

Liquidation procedures for the Buffer Stock Account

1. On termination of this Agreement, the Buffer Stock Manager shall estimate the total expense of liquidating or transferring to a new international natural rubber agreement the assets of the Buffer Stock Account in accordance with the provisions of this article, and shall reserve that amount in a separate account. If these balances are inadequate, the Buffer Stock Manager shall sell a sufficient quantity of natural rubber in the Buffer Stock to provide the additional sum required.

2. Each member's share in the Buffer Stock Account shall be calculated as follows:

- (a) The value of the Buffer Stock shall be the value of the total quantity of natural rubber of each type/grade therein, calculated at the lowest of the current prices of the respective types/grades on markets referred to in article 32 during the 30 market days preceding the date of termination of this Agreement;
- (b) The value of the Buffer Stock Account shall be the value of the Buffer Stock plus the cash assets of the Buffer Stock Account on the date of the termination of this Agreement less any amount reserved under paragraph 1 of this article;
- (c) Each member's net cash contribution shall be the sum of its contributions paid throughout the duration of this Agreement less all refunds made under article 38, penalty interest on arrears paid in accordance with paragraph 3 of article 37 shall not constitute a contribution to the Buffer Stock Account;
- (d) If the value of the Buffer Stock Account is either greater or less than total net cash contributions, the surplus shall be allocated among members in proportion to each member's time-weighted net contribution share under this Agreement.

(5) Sollte der Barbetrag im Ausgleichslagerkonto den Wert der von den Mitgliedern gezahlten Gesamtnettobarbeiträge überschreiten, so werden diese Überschussmittel bei Außerkrafttreten dieses Übereinkommens verteilt.

Artikel 39

Ausgleichslager und Wechselkursänderungen

(1) Sollte sich der Wechselkurs zwischen dem malaysischen Ringgit/singapurischen Dollar und den Währungen der Hauptausfuhr- und -einfuhrmitglieder für Naturkautschuk so sehr ändern, daß die Geschäftstätigkeit des Ausgleichslagers erheblich beeinträchtigt wird, so wird der Exekutivdirektor nach Artikel 36 oder so können die Mitglieder nach Artikel 13 eine außerordentliche Tagung des Rates beantragen. Der Rat tritt binnen 10 Tagen zusammen, um bereits vom Exekutivdirektor nach Artikel 36 getroffene Maßnahmen zu bestätigen oder aufzuheben, und kann durch besondere Abstimmung beschließen, geeignete Maßnahmen zu treffen, einschließlich der Möglichkeit der Änderung der Preisspanne nach den Grundsätzen des Artikels 31 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 6 Satz 1.

(2) Der Rat setzt durch besondere Abstimmung ein Verfahren fest, um eine wesentliche Änderung der Paritäten dieser Währungen zu dem einzigen Zweck festzustellen, die rechtzeitige Einberufung des Rates sicherzustellen.

(3) Besteht zwischen dem malaysischen Ringgit und dem singapurischen Dollar ein solcher Unterschied, daß die Geschäftstätigkeit des Ausgleichslagers erheblich beeinträchtigt wird, so tritt der Rat zusammen, um die Lage zu überprüfen, und kann die Annahme einer einzigen Währung erwägen.

Artikel 40

Auflösungsverfahren für das Ausgleichslagerkonto

(1) Bei Außerkrafttreten dieses Übereinkommens schätzt der Leiter des Ausgleichslagers die Gesamtausgaben für die Auflösung des Ausgleichslagerkontos oder die Übertragung seiner Guthaben auf ein neues internationales Naturkautschuk-Übereinkommen entsprechend diesem Artikel und behält diesen Betrag auf einem Sonderkonto zurück. Reichen diese Beträge nicht aus, so verkauft der Leiter des Ausgleichslagers eine ausreichende Menge Naturkautschuk aus dem Ausgleichslager, um die erforderliche zusätzliche Summe bereitzustellen.

(2) Der Anteil jedes Mitglieds am Ausgleichslagerkonto wird wie folgt berechnet:

- a) Der Wert des Ausgleichslagers ist der Wert der Gesamtmenge an Naturkautschuk jedes Typs/jeder Gradierung in dem Lager, berechnet zum niedrigsten der laufenden Preise für die jeweiligen Typen/Gradierungen auf den in Artikel 32 bezeichneten Märkten während der 30 Markttage vor dem Tag des Außerkrafttretens dieses Übereinkommens;
- b) der Wert des Ausgleichslagerkontos ist der Wert des Ausgleichslagers zuzüglich der Barguthaben des Ausgleichslagerkontos am Tag des Außerkrafttretens dieses Übereinkommens abzüglich etwa nach Absatz 1 zurückbehaltener Beträge;
- c) der Nettobarbeitrag jedes Mitglieds ist die Summe seiner während der gesamten Laufzeit dieses Übereinkommens gezahlten Beiträge abzüglich aller Rückzahlungen nach Artikel 38; nach Artikel 37 Absatz 3 gezahlte Strafzinsen für Zahlungsrückstände stellen keinen Beitrag zum Ausgleichslagerkonto dar;
- d) ist der Wert des Ausgleichslagerkontos entweder größer oder kleiner als die Gesamtnettobarbeiträge, so wird der Überschuß unter den Mitgliedern im Verhältnis des zeitgewichteten Nettobarbeitragsanteils jedes Mitglieds im Rahmen dieses Über-

Any deficit shall be allocated among members in proportion to each member's average number of votes held during its period of membership. In assessing the share of the deficits to be borne by each member, the votes of each member shall be calculated without regard to the suspension of any member's voting rights or any redistribution of votes resulting therefrom;

- (e) Each member's share in the Buffer Stock Account shall comprise its net cash contribution, reduced or increased by its shares in deficits or surpluses in the Buffer Stock Account, and reduced by its liability, if any, for outstanding interest on arrears.

3. If this Agreement is to be immediately replaced with a new international natural rubber agreement, the Council shall, by special vote, adopt procedures to ensure efficient transfer to the new agreement, as required by that agreement, of shares in the Buffer Stock Account of members which intend to participate in the new agreement. Any member which does not wish to participate in the new agreement shall be entitled to the payment of its share:

- (a) From available cash in proportion to its percentage share of the total net cash contributions to the Buffer Stock Account, within three months; and
- (b) From the net proceeds from the disposal of the buffer stocks, by way of orderly sales or by way of transfer to the new international natural rubber agreement at current market prices, which must be concluded within 12 months; unless the Council decides, by special vote, to increase payments under subparagraph (a) of this paragraph.

4. If this Agreement terminates without being replaced by a new international natural rubber agreement which provides for a buffer stock, the Council shall, by special vote, adopt procedures to govern orderly disposal of the Buffer Stock within the maximum period specified in paragraph 6 of article 66, subject to the following constraints:

- (a) No further purchases of natural rubber shall be made;
- (b) The Organization shall incur no new expenses except those necessary to dispose of the Buffer Stock.

5. Subject to an election by any member to take natural rubber in accordance with paragraph 6 of this article, any cash which remains in the Buffer Stock Account shall be forthwith distributed to members in proportion to their shares as determined in paragraph 2 of this article.

6. In lieu of all or part of a cash payment, each member may elect to take its share in the assets of the Buffer Stock Account in natural rubber, subject to procedures adopted by the Council.

7. The Council shall adopt appropriate procedures for adjustment and payment of members' shares in the Buffer Stock Account. This adjustment shall account for:

- (a) Any discrepancy between the price of natural rubber specified in subparagraph (a) of paragraph 2 of this article and the prices at which part or all of the Buffer Stock is sold pursuant to procedures for disposal of the Buffer Stock; and
- (b) The difference between estimated and actual liquidation expenses.

8. The Council shall, within 30 days following final transactions of the Buffer Stock Account, meet to effect final settlement of accounts among members within 30 days thereafter.

einkommens aufgeteilt. Ein etwaiges Defizit wird unter den Mitgliedern im Verhältnis der durchschnittlichen Stimmenzahl aufgeteilt, die jedem Mitglied während der Dauer seiner Mitgliedschaft zusteht. Bei der Festlegung des von jedem Mitglied zu tragenden Anteils an den Defiziten werden die Stimmen jedes Mitglieds ohne Rücksicht auf den zeitweiligen Entzug des Stimmrechts eines Mitglieds oder einer sich daraus ergebenden Neuverteilung der Stimmen berechnet;

- e) der Anteil jedes Mitglieds am Ausgleichslagerkonto umfaßt seinen Nettobarbeitrag, vermindert oder erhöht um seine Anteile an den Defiziten oder Überschüssen des Ausgleichslagerkontos und vermindert um seine etwaige Verbindlichkeit für ausstehende Zinsen auf Zahlungsrückstände.

(3) Wird dieses Übereinkommen sofort durch ein neues internationales Naturkautschuk-Übereinkommen abgelöst, so nimmt der Rat durch besondere Abstimmung Verfahren an, damit die Anteile derjenigen Mitglieder, die an dem neuen Übereinkommen teilnehmen wollen, am Ausgleichslagerkonto auf das neue Übereinkommen nach dessen Vorschriften wirksam übergeleitet werden. Ein Mitglied, das nicht an dem neuen Übereinkommen teilnehmen will, hat ein Recht auf Zahlung seines Anteils

- a) aus den verfügbaren Barmitteln im Verhältnis seines prozentualen Anteils an den Gesamtnettobarbeiträgen zum Ausgleichslagerkonto binnen drei Monaten und
- b) aus den Nettoerlösen der Veräußerung der Ausgleichslagerbestände auf dem Weg eines geordneten Verkaufs oder auf dem Weg einer Überleitung auf das neue internationale Naturkautschuk-Übereinkommen zu laufenden Marktpreisen, der oder die innerhalb von 12 Monaten abgeschlossen sein muß, sofern nicht der Rat durch besondere Abstimmung beschließt, die Zahlungen nach Buchstabe a zu erhöhen.

(4) Tritt dieses Übereinkommen außer Kraft, ohne daß ein neues internationales Naturkautschuk-Übereinkommen an seine Stelle tritt, das ein Ausgleichslager vorsieht, so nimmt der Rat durch besondere Abstimmung Verfahren an, nach denen eine geordnete Veräußerung des Ausgleichslagers innerhalb der in Artikel 66 Absatz 6 vorgesehenen Höchstzeit durchgeführt werden soll, vorbehaltlich folgender Beschränkungen:

- a) Es dürfen keine weiteren Käufe von Naturkautschuk getätigt werden;
- b) die Organisation darf keine neuen Ausgaben machen, ausgenommen diejenigen, die für die Veräußerung des Ausgleichslagers erforderlich sind.

(5) Vorbehaltlich des Falles, daß ein Mitglied es vorzieht, Naturkautschuk nach Absatz 6 zu übernehmen, werden alle im Ausgleichslagerkonto verbleibenden Barmittel umgehend an die Mitglieder im Verhältnis ihrer Anteile nach Absatz 2 verteilt.

(6) Anstelle einer gänzlichen oder teilweisen Barzahlung kann jedes Mitglied es vorziehen, seinen Anteil am Guthaben des Ausgleichslagerkontos in Naturkautschuk zu übernehmen, vorbehaltlich der vom Rat angenommenen Verfahren.

(7) Der Rat nimmt geeignete Verfahren zur Bereinigung und Zahlung der Anteile der Mitglieder am Ausgleichslagerkonto an. Diese Bereinigung erfaßt

- a) einen etwaigen Unterschied zwischen dem in Absatz 2 Buchstabe a festgelegten Preis von Naturkautschuk und den Preisen, zu denen das Ausgleichslager ganz oder teilweise entsprechend den Verfahren für die Veräußerung des Ausgleichslagers verkauft wird, und
- b) den Unterschied zwischen den geschätzten und den tatsächlichen Auflösungskosten.

(8) Der Rat tritt binnen 30 Tagen nach den abschließenden Transaktionen des Ausgleichslagerkontos zusammen, um die endgültige Regelung der Konten unter den Mitgliedern innerhalb von weiteren 30 Tagen durchzuführen.

Chapter IX

Relationship with the Common Fund for Commodities

Article 41

Relationship with the Common Fund for Commodities

When the Common Fund for Commodities becomes operational, the Council shall take full advantage of the facilities of the Common Fund according to the principles set out in the Agreement establishing the Common Fund for Commodities. The Council shall for this purpose negotiate with the Common Fund mutually acceptable terms and modalities for an association agreement to be signed with the Common Fund.

Chapter X

Supply and Market Access and Other Measures

Article 42

Supply and market access

1. Exporting members to the fullest extent possible undertake to pursue policies and programmes which maintain continuous availability to consumers of natural rubber supplies.

2. Importing members to the fullest extent possible undertake to pursue policies which will maintain access to their markets for natural rubber.

Article 43

Other measures

1. With a view to achieving the objectives of this Agreement, the Council shall identify and propose appropriate measures and techniques directed towards promoting:

- (a) The development of the natural rubber economy by producing members, through expanded and improved production, productivity and marketing, thereby increasing the export earnings of producing members while at the same time improving the reliability of supply. For this purpose, the Committee on Other Measures shall undertake economic and technical analyses in order to identify:
 - (i) Natural rubber research and development programmes and projects of benefit to exporting and importing members, including scientific research in specific areas;
 - (ii) Programmes and projects to improve the productivity of the natural rubber industry;
 - (iii) Ways and means to upgrade natural rubber supplies and achieve uniformity in quality specification and presentation of natural rubber; and
 - (iv) Methods of improving the processing, marketing and distribution of raw natural rubber;
- (b) The development of end-uses of natural rubber. For this purpose, the Committee on Other Measures shall undertake appropriate economic and technical analyses in order to identify programmes and projects leading to increased and new uses of natural rubber.

2. The Council shall consider the financial implications of such measures and techniques and seek to promote and facilitate the provision of adequate financial resources, as appropriate, from

Kapitel IX

Verhältnis zum Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe

Artikel 41

Verhältnis zum Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe

Sobald der Gemeinsame Fonds für Rohstoffe in Betrieb genommen wird, zieht der Rat vollen Nutzen aus dessen Einrichtungen entsprechend den in dem Übereinkommen zur Gründung des Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe enthaltenen Grundsätzen. Der Rat handelt zu diesem Zweck mit dem Gemeinsamen Fonds beiderseitig annehmbare Bedingungen und Modalitäten für ein Assoziierungsabkommen mit dem Fonds aus.

Kapitel X

Versorgung und Marktzugang
sowie sonstige Maßnahmen

Artikel 42

Versorgung und Marktzugang

(1) Die Ausfuhrmitglieder verpflichten sich im größtmöglichen Umfang, Maßnahmen und Programme durchzuführen, welche die ständige Versorgung der Verbraucher mit Naturkautschuk aufrechterhalten.

(2) Die Einfuhrmitglieder verpflichten sich im größtmöglichen Umfang, Maßnahmen durchzuführen, die den Zugang zu ihren Märkten für Naturkautschuk aufrechterhalten.

Artikel 43

Sonstige Maßnahmen

(1) Um die Ziele dieses Übereinkommens zu erreichen, wird der Rat geeignete Maßnahmen und Techniken festlegen und vorschlagen, die folgendes fördern sollen:

- a) die Entwicklung der Naturkautschukwirtschaft durch die Erzeugermitglieder mittels einer ausgeweiteten und verbesserten Produktion, Produktivität und Vermarktung, wodurch die Ausfuhrerlöse der Erzeugermitglieder erhöht und gleichzeitig die Zuverlässigkeit der Versorgung verbessert wird. Zu diesem Zweck unternimmt der Ausschuß für sonstige Maßnahmen wirtschaftliche und technische Analysen, um folgendes festzulegen:
 - i) Forschungs- und Entwicklungsprogramme und -vorhaben für Naturkautschuk, die für Ausfuhr- und Einfuhrmitglieder von Nutzen sind, einschließlich wissenschaftlicher Forschung auf bestimmten Gebieten;
 - ii) Programme und Vorhaben zur Verbesserung der Produktivität der Naturkautschukindustrie;
 - iii) Möglichkeiten zur Verbesserung der Naturkautschukversorgung und zur Vereinheitlichung der Qualitätsspezifikationen und der äußeren Aufmachung von Naturkautschuk sowie
 - iv) Methoden zur Verbesserung der Bearbeitung, Vermarktung und Verteilung von Rohnaturkautschuk;
- b) die Entwicklung der Verwendungsmöglichkeiten für Naturkautschuk. Zu diesem Zweck unternimmt der Ausschuß für sonstige Maßnahmen geeignete wirtschaftliche und technische Analysen, um Programme und Vorhaben festzulegen, die zu vermehrter Verwendung und neuen Verwendungsarten von Naturkautschuk führen.

(2) Der Rat berät über die finanziellen Folgen solcher Maßnahmen und Techniken und bemüht sich, die Beschaffung angemessener finanzieller Mittel nach Bedarf aus Quellen wie inter-

such sources as international financial institutions and the Second Account of the Common Fund for Commodities, when established.

3. The Council may make recommendations, as appropriate, to members, international institutions and other organizations to promote the implementation of specific measures under this article.

4. The Committee on Other Measures shall periodically review the progress of those measures which the Council decides to promote and recommend, and shall report thereon to the Council.

Chapter XI

Consultation on Domestic Policies

Article 44

Consultation

The Council shall consult, at the request of any member, on government natural rubber policies directly affecting supply or demand. The Council may submit its recommendations to members for their consideration.

Chapter XII

Statistics, Studies and Information

Article 45

Statistics and Information

1. The Council shall collect, collate and as necessary publish such statistical information on natural rubber and related areas as is necessary for the satisfactory operation of this Agreement.

2. Members shall promptly and to the fullest extent possible furnish to the Council available data by specific types and grades concerning production, consumption and international trade in natural rubber.

3. The Council may also request members to furnish other available information, including information on related areas which may be required for the satisfactory operation of this Agreement.

4. Members shall furnish all the above-mentioned statistics and information within a reasonable time to the fullest extent possible consistent with their national legislation and by the ways most appropriate for them.

5. The Council shall establish close relationships with appropriate international organizations, including the International Rubber Study Group, and with commodity exchanges in order to help ensure the availability of recent and reliable data on production, consumption, stocks, international trade and prices of natural rubber, and other factors that influence demand for and supply of natural rubber.

6. The Council shall endeavour to ensure that no information published shall prejudice the confidentiality of the operations of persons or companies producing, processing or marketing natural rubber or related products.

Article 46

Annual assessment, estimates and studies

1. The Council shall prepare an annual assessment on the world natural rubber situation and related areas in the light of the information supplied by members and from all relevant inter-governmental and international organizations.

nationalen Finanzinstitutionen und dem Zweiten Schalter des Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe nach dessen Errichtung zu fördern und zu erleichtern.

(3) Der Rat kann gegebenenfalls Empfehlungen an die Mitglieder, internationale Einrichtungen und andere Organisationen richten, um die Durchführung bestimmter Maßnahmen aufgrund dieses Artikels zu fördern.

(4) Der Ausschuß für sonstige Maßnahmen überprüft in regelmäßigen Abständen den Fortschritt bei denjenigen Maßnahmen, die der Rat zu fördern und empfehlen beschließt, und berichtet dem Rat darüber.

Kapitel XI

Konsultationen über innerstaatliche Maßnahmen

Artikel 44

Konsultationen

Der Rat nimmt auf Verlangen eines Mitglieds Konsultationen über staatliche Naturkautschukmaßnahmen auf, die Angebot oder Nachfrage unmittelbar betreffen. Der Rat kann seine Empfehlungen den Mitgliedern zur Prüfung vorlegen.

Kapitel XII

Statistik, Untersuchungen und Information

Artikel 45

Statistik und Information

(1) Der Rat wird alle statistischen Angaben über Naturkautschuk und verwandte Gebiete sammeln, ordnen und erforderlichenfalls veröffentlichen, soweit dies für die zufriedenstellende Durchführung dieses Übereinkommens erforderlich ist.

(2) Die Mitglieder stellen dem Rat umgehend und so ausführlich wie möglich alle verfügbaren Daten über Produktion, Verbrauch und internationalen Handel mit Naturkautschuk nach bestimmten Typen und Gradierungen zur Verfügung.

(3) Der Rat kann die Mitglieder auch auffordern, sonstige verfügbare Angaben einschließlich von Angaben über verwandte Gebiete vorzulegen, die für die zufriedenstellende Durchführung dieses Übereinkommens erforderlich sind.

(4) Die Mitglieder legen die genannten Statistiken und Angaben innerhalb einer angemessenen Zeit und in dem größtmöglichen Umfang, der mit ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften vereinbar ist, sowie auf dem für sie zweckmäßigsten Weg vor.

(5) Der Rat stellt eine enge Beziehung zu geeigneten internationalen Organisationen, einschließlich der Internationalen Kautschukstudiengruppe, und zu Warenbörsen her, um dazu beizutragen, daß neue und zuverlässige Daten über Produktion, Verbrauch, Vorräte, internationalen Handel und Preise für Naturkautschuk sowie andere Faktoren verfügbar sind, die einen Einfluß auf Angebot und Nachfrage in bezug auf Naturkautschuk haben.

(6) Der Rat bemüht sich, sicherzustellen, daß keine veröffentlichten Informationen die Vertraulichkeit der Geschäfte von Personen oder Gesellschaften beeinträchtigen, die Naturkautschuk oder verwandte Erzeugnisse herstellen, bearbeiten oder vermarkten.

Artikel 46

Jährliche Bewertung, Schätzungen und Untersuchungen

(1) Der Rat fertigt anhand der von den Mitgliedern und allen einschlägigen zwischenstaatlichen und internationalen Organisationen vorgelegten Informationen eine jährliche Bewertung der Weltlage auf dem Gebiet des Naturkautschuks und verwandten Gebieten an.

2. At least once in every half year, the Council shall also estimate production, consumption, exports and imports of natural rubber by specific types and grades, if possible, for the following six months. It shall inform the members of these estimates.

3. The Council shall undertake, or make appropriate arrangements to undertake, studies of trends in natural rubber production, consumption, trade, marketing and prices, as well as of the short-term and long-term problems of the world natural rubber economy.

Article 47

Annual review

1. The Council shall annually review the operation of this Agreement in the light of the objectives set out in article 1. It shall inform members of the results of the review.

2. The Council may then formulate recommendations to members, and thereafter take measures within its competence to improve the effectiveness of the operation of this Agreement.

Chapter XIII Miscellaneous

Article 48

General obligations and liabilities of members

1. Members shall for the duration of this Agreement use their best endeavours and co-operate to promote the attainment of the objectives of this Agreement and shall not take any action in contradiction to those objectives.

2. Members shall in particular seek to improve the conditions of the natural rubber economy and to encourage the production and use of natural rubber in order to promote the growth and the modernization of the natural rubber economy for the mutual benefit of producers and consumers.

3. Members shall accept as binding all decisions of the Council under this Agreement and will not implement measures which would have the effect of limiting or running counter to those decisions.

4. The liability of members arising from the operation of this Agreement, whether to the Organization or to third parties, shall be limited to the extent of their obligations regarding contributions to the administrative budget and to financing of the Buffer Stock under and in accordance with chapters VII and VIII of this Agreement and any obligations that may be assumed by the Council under article 41.

Article 49

Obstacles to trade

1. The Council shall, in accordance with the annual assessment of the world natural rubber situation referred to in article 46, identify any obstacles to the expansion of trade in natural rubber in its raw, semi-processed or modified forms.

2. The Council may, in order to further the purposes of this article, make recommendations to members to seek in appropriate international forums mutually acceptable practical measures designed to remove progressively and, where possible, to eliminate such obstacles. The Council shall periodically examine the results of such recommendations.

(2) Mindestens einmal in jedem Halbjahr nimmt der Rat ferner eine Schätzung der Produktion, des Verbrauchs, der Ausfuhren und Einfuhren von Naturkautschuk, wenn möglich nach bestimmten Typen und Gradierungen, für die folgenden sechs Monate vor. Er unterrichtet die Mitglieder von diesen Schätzungen.

(3) Der Rat führt Untersuchungen über die Tendenzen in der Produktion, dem Verbrauch, dem Handel, der Vermarktung und den Preisen auf dem Gebiet des Naturkautschuks sowie über die kurzfristigen und langfristigen Probleme der Naturkautschuk-Weltwirtschaft durch oder trifft geeignete Vorkehrungen für ihre Durchführung.

Artikel 47

Jährliche Überprüfung

(1) Der Rat überprüft jährlich die Durchführung dieses Übereinkommens im Licht der in Artikel 1 aufgeführten Ziele. Er unterrichtet die Mitglieder von den Ergebnissen der Überprüfung.

(2) Der Rat kann daraufhin Empfehlungen an die Mitglieder richten und danach Maßnahmen im Rahmen seines Zuständigkeitsbereichs treffen, um die Wirksamkeit der Durchführung dieses Übereinkommens zu verbessern.

Kapitel XIII Verschiedene Bestimmungen

Artikel 48

Allgemeine Verpflichtungen und Haftung der Mitglieder

(1) Die Mitglieder werden sich während der Laufzeit dieses Übereinkommens nach besten Kräften bemühen und zusammenarbeiten, um die Erreichung der Ziele dieses Übereinkommens zu fördern; sie dürfen keine gegen diese Ziele gerichteten Maßnahmen treffen.

(2) Die Mitglieder werden sich insbesondere bemühen, die Bedingungen der Naturkautschukwirtschaft zu verbessern und die Produktion und Verwendung von Naturkautschuk zu fördern, um das Wachstum und die Modernisierung der Naturkautschukwirtschaft zum beiderseitigen Nutzen von Erzeugern und Verbrauchern zu fördern.

(3) Die Mitglieder erkennen alle vom Rat aufgrund dieses Übereinkommens gefaßten Beschlüsse als bindend an und führen keine Maßnahmen durch, welche diese Beschlüsse einengen oder unterlaufen würden.

(4) Die sich aus der Durchführung dieses Übereinkommens ergebende Haftung der Mitglieder, sei es gegenüber der Organisation oder gegenüber Dritten, ist auf den Umfang ihrer Verpflichtungen in bezug auf die Beiträge zum Verwaltungshaushalt und die Finanzierung des Ausgleichslagers aufgrund der Kapitel VII und VIII dieses Übereinkommens und im Einklang damit sowie etwaiger vom Rat nach Artikel 41 übernommener Verpflichtungen beschränkt.

Artikel 49

Handelshemmnisse

(1) Der Rat stellt im Einklang mit der jährlichen Bewertung der Weltlage auf dem Gebiet des Naturkautschuks nach Artikel 46 alle Hindernisse für die Ausweitung des Handels mit Naturkautschuk in roher, halbverarbeiteter oder abgewandelter Form fest.

(2) Der Rat kann zur Förderung der Zwecke dieses Artikels Empfehlungen an die Mitglieder richten, sich in geeigneten internationalen Gremien um allseitig annehmbare praktische Maßnahmen zum allmählichen Abbau und nach Möglichkeit zur Beseitigung solcher Hindernisse zu bemühen. Der Rat prüft in regelmäßigen Abständen die Ergebnisse dieser Empfehlungen.

Article 50**Transportation and market structure of natural rubber**

The Council should encourage and facilitate the promotion of reasonable and equitable freight rates and improvements in the transport system, so as to provide regular supplies to markets and to effect savings in the cost of the products marketed.

Article 51**Differential and remedial measures**

Developing importing members, and least developed countries which are members, whose interests are adversely affected by measures taken under this Agreement may apply to the Council for appropriate differential and remedial measures. The Council shall consider taking such appropriate measures in accordance with paragraphs 3 and 4 of section III of resolution 93 (IV) of the United Nations Conference on Trade and Development.

Article 52**Relief from obligations**

1. Where it is necessary on account of exceptional circumstances or emergency or force majeure not expressly provided for in this Agreement, the Council may, by special vote, relieve a member of an obligation under this Agreement if it is satisfied by an explanation from that member regarding the reasons why the obligation cannot be met.

2. The Council, in granting relief to a member under paragraph 1 of this article, shall state explicitly the terms and conditions on which, and the period for which, the member is relieved of such obligation, and the reasons for which the relief is granted.

Article 53**Fair labour standards**

Members declare that they will endeavour to maintain labour standards designed to improve the levels of living of workers in their respective natural rubber sectors.

Chapter XIV**Complaints and Disputes****Article 54****Complaints**

1. Any complaint that a member has failed to fulfil its obligations under this Agreement shall, at the request of the member making the complaint, be referred to the Council, which, subject to prior consultation with the members concerned, shall take a decision on the matter.

2. Any decision by the Council that a member is in breach of its obligations under this Agreement shall specify the nature of the breach.

3. Whenever the Council, whether as the result of a complaint or otherwise, finds that a member has committed a breach of this Agreement, it may, by special vote, and without prejudice to such other measures as are specifically provided for in other articles of this Agreement:

- (a) Suspend that member's voting rights in the Council and, if it deems necessary, suspend any other rights of such member, including those of holding office in the Council or in any committee established under article 18 and of being eligible

Artikel 50**Beförderung und Marktstruktur auf dem Gebiet des Naturkautschuks**

Der Rat soll die Förderung angemessener und gerechter Frachtraten und Verbesserungen im Beförderungssystem begünstigen und erleichtern, damit die Märkte regelmäßig versorgt und die Kosten der vermarkteten Erzeugnisse herabgesetzt werden.

Artikel 51**Abgestufte Maßnahmen und Hilfsmaßnahmen**

In der Entwicklung befindliche Einfuhrmitglieder sowie Mitglieder aus dem Kreis der am wenigsten entwickelten Länder, deren Interessen durch die im Rahmen dieses Übereinkommens getroffenen Maßnahmen beeinträchtigt werden, können beim Rat angemessene abgestufte Maßnahmen und Hilfsmaßnahmen beantragen. Der Rat berät, ob er solche angemessenen Maßnahmen im Einklang mit Abschnitt III Absätze 3 und 4 der Entschließung 93 (IV) der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung treffen soll.

Artikel 52**Befreiung von Verpflichtungen**

(1) Sofern dies aufgrund von in diesem Übereinkommen nicht ausdrücklich vorgesehenen außergewöhnlichen Umständen oder Nottfällen oder höherer Gewalt erforderlich ist, kann der Rat durch besondere Abstimmung ein Mitglied von einer Verpflichtung aufgrund dieses Übereinkommens befreien, wenn er von diesem Mitglied eine zufriedenstellende Erläuterung der Gründe für die Nichterfüllung der Verpflichtung erhalten hat.

(2) Bei einer Befreiung nach Absatz 1 legt der Rat ausdrücklich die Bedingungen, die Geltungsdauer und die Gründe für eine solche Befreiung dar.

Artikel 53**Gerechte Arbeitsbedingungen**

Die Mitglieder erklären, daß sie sich bemühen werden, Arbeitsbedingungen aufrechtzuerhalten, die den Lebensstandard der Arbeitskräfte in ihrem jeweiligen Naturkautschuksektor verbessern sollen.

Kapitel XIV**Beschwerden und Streitigkeiten****Artikel 54****Beschwerden**

(1) Jede Beschwerde darüber, daß ein Mitglied seinen Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen nicht nachgekommen ist, wird auf Antrag des beschwerdeführenden Mitglieds dem Rat vorgelegt; dieser faßt nach vorherigen Konsultationen mit den betreffenden Mitgliedern darüber einen Beschluß.

(2) In jedem Beschluß des Rates, daß ein Mitglied seine Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen verletzt hat, ist die Art der Verletzung anzugeben.

(3) Stellt der Rat als Ergebnis einer Beschwerde oder auf andere Weise fest, daß ein Mitglied dieses Übereinkommen verletzt hat, so kann er durch besondere Abstimmung und unbeschadet aller sonstigen in anderen Artikeln dieses Übereinkommens ausdrücklich vorgesehenen Maßnahmen

- a) dem Mitglied sein Stimmrecht im Rat zeitweilig entziehen und, wenn er dies für erforderlich hält, dem Mitglied alle sonstigen Rechte einschließlich des Rechts, eine Aufgabe im Rat oder in einem nach Artikel 18 eingesetzten Ausschuss wahrzunehmen

for membership of such committees, until it has fulfilled its obligations; or

- (b) Take action under article 64, if such breach significantly impairs the operation of this Agreement.

Article 55

Disputes

1. Any dispute concerning the interpretation or application of this Agreement which is not settled among the members involved shall, at the request of any member party to the dispute, be referred to the Council for decision.

2. In any case where a dispute has been referred to the Council under paragraph 1 of this article, a majority of members holding at least one third of the total votes may require the Council, after discussion, to seek the opinion of an advisory panel constituted under paragraph 3 of this article on the issue in dispute before giving its decision.

3. (a) Unless the Council, by special vote, decides otherwise, the advisory panel shall consist of five persons as follows:

- (i) Two persons, one having wide experience in matters of the kind in dispute and the other having legal standing and experience, nominated by the exporting members;
- (ii) Two such persons nominated by the importing members; and
- (iii) A chairman selected unanimously by the four persons nominated under (i) and (ii) of this subparagraph or, if they fail to agree, by the Chairman of the Council.

(b) Nationals of members and of non-members shall be eligible to serve on the advisory panel.

(c) Persons appointed to the advisory panel shall act in their personal capacities and without instructions from any government.

(d) The expenses of the advisory panel shall be paid by the Organization.

4. The opinion of the advisory panel and the reasons therefor shall be submitted to the Council which, after considering all the relevant information, shall, by special vote, decide the dispute.

Chapter XV

Final Provisions

Article 56

Signature

This Agreement shall be open for signature at United Nations Headquarters from 1 May to 31 December 1987 inclusive by the Governments invited to the United Nations Conference on Natural Rubber, 1985.

Article 57

Depositary

The Secretary-General of the United Nations is hereby designated as the depositary of this Agreement.

Article 58

Ratification, acceptance and approval

1. This Agreement shall be subject to ratification, acceptance or approval by the signatory Governments in accordance with their respective constitutional or institutional procedures.

men, und des Rechts, Mitglied eines solchen Ausschusses zu werden, zeitweilig entziehen, bis das Mitglied seinen Verpflichtungen nachgekommen ist, oder

- b) nach Artikel 64 tätig werden, wenn eine solche Verletzung die Durchführung dieses Übereinkommens erheblich beeinträchtigt.

Artikel 55

Streitigkeiten

(1) Jede Streitigkeit über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens, die nicht zwischen den betroffenen Mitgliedern beigelegt wird, ist auf Antrag eines Mitglieds, das Streitpartei ist, dem Rat zur Entscheidung vorzulegen.

(2) Ist eine Streitigkeit dem Rat nach Absatz 1 vorgelegt worden, so kann er von einer Mehrheit der Mitglieder, denen mindestens ein Drittel der Gesamtstimmzahl zusteht, aufgefordert werden, nach Prüfung der Angelegenheit von der nach Absatz 3 gebildeten Beratungsgruppe ein Gutachten über die strittige Frage einzuholen, bevor er seine Entscheidung trifft.

(3) a) Sofern der Rat nicht durch besondere Abstimmung etwas anderes beschließt, setzt sich die Beratungsgruppe wie folgt aus fünf Personen zusammen:

- i) aus zwei von den Ausfuhrmitgliedern benannten Personen, von denen eine ausgedehnte Erfahrungen in Fragen der strittigen Art und die andere Ansehen und Erfahrung als Jurist besitzt;
- ii) aus zwei von den Einfuhrmitgliedern benannten ebenso qualifizierten Personen und
- iii) aus einem Vorsitzenden, der einvernehmlich von den nach den Ziffern i und ii benannten vier Personen oder, falls diese zu keiner Einigung gelangen, von dem Vorsitzenden des Rates bestellt wird.

b) Der Beratungsgruppe können Staatsangehörige von Mitgliedern und von Nichtmitgliedern angehören.

c) Die in die Beratungsgruppe berufenen Personen sind in persönlicher Eigenschaft und ohne Weisungen irgendeiner Regierung tätig.

d) Die Kosten der Beratungsgruppe trägt die Organisation.

(4) Das Gutachten der Beratungsgruppe wird mit einer Begründung dem Rat vorgelegt; dieser faßt nach Prüfung aller erheblichen Informationen durch besondere Abstimmung einen Beschluß zur Entscheidung der Streitigkeit.

Kapitel XV

Schlußbestimmungen

Artikel 56

Unterzeichnung

Dieses Übereinkommen liegt vom 1. Mai bis zum 31. Dezember 1987 am Sitz der Vereinten Nationen für die zur Konferenz der Vereinten Nationen über Naturkautschuk von 1985 eingeladenen Regierungen zur Unterzeichnung auf.

Artikel 57

Verwahrer

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen wird hiermit zum Verwahrer dieses Übereinkommens bestimmt.

Artikel 58

Ratifikation, Annahme und Genehmigung

(1) Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung durch die Unterzeichnerregierungen nach Maßgabe ihrer verfassungsrechtlichen oder institutionellen Verfahren.

2. Instruments of ratification, acceptance or approval shall be deposited with the depositary not later than 1 January 1989. The Council may, however, grant extensions of time to signatory Governments which have been unable to deposit their instruments by that date.

3. Each Government depositing an instrument of ratification, acceptance or approval shall, at the time of such deposit, declare itself to be an exporting member or an importing member.

Article 59

Notification of provisional application

1. A signatory Government which intends to ratify, accept or approve this Agreement, or a Government for which the Council has established conditions for accession but which has not yet been able to deposit its instrument, may at any time notify the depositary that it will fully apply this Agreement provisionally, either when it enters into force in accordance with article 60 or, if it is already in force, at a specified date.

2. Notwithstanding the provisions of paragraph 1 of this article, a Government may provide in its notification of provisional application that it will apply this Agreement only within the limitations of its constitutional and/or legislative procedures. However, such Government shall meet all its financial obligations pertaining to the Administrative Account. The provisional membership of a Government which notifies in this manner shall not exceed 12 months from the provisional entry into force of this Agreement. In case of the need for a call-up of funds for the Buffer Stock Account within the 12-month period, the Council shall decide on the status of a Government holding provisional membership under this paragraph.

Article 60

Entry into force

1. This Agreement shall enter into force definitively on 23 October 1987 or on any date thereafter, if by that date Governments accounting for at least 80 per cent of net exports as set out in annex A to this Agreement, and Governments accounting for at least 80 per cent of net imports as set out in annex B to this Agreement, have deposited their instruments of ratification, acceptance, approval or accession, or have assumed full financial commitment to this Agreement.

2. This Agreement shall enter into force provisionally on 23 October 1987, or on any date before 1 January 1989, if Governments accounting for at least 75 per cent of net exports as set out in annex A to this Agreement, and Governments accounting for at least 75 per cent of net imports as set out in annex B to this Agreement, have deposited their instruments of ratification, acceptance or approval, or have notified the depositary under paragraph 1 of article 59 that they will apply this Agreement provisionally and assume full financial commitment to this Agreement. The Agreement shall remain in force provisionally up to a maximum of 12 months, unless it enters into force definitively under paragraph 1 of this article or the Council decides otherwise in accordance with paragraph 4 of this article.

3. If this Agreement does not come into force provisionally under paragraph 2 of this article by 1 January 1989, the Secretary-General of the United Nations shall invite, at the earliest time he considers practicable after that date, the Governments which have deposited instruments of ratification, acceptance or approval or have notified him that they will apply this Agreement provisionally, to meet with a view to recommending whether or not such Governments should take the necessary steps to put this Agreement provisionally or definitively into force among themselves in whole or in part. If no conclusion is reached at this meeting, the Secretary-General of the United Nations may convene such further meetings as he considers appropriate.

(2) Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden bis zum 1. Januar 1989 beim Verwahrer hinterlegt. Der Rat kann jedoch den Unterzeichnerregierungen, die ihre Urkunde bis zu dem genannten Zeitpunkt nicht hinterlegen konnten, Fristverlängerungen gewähren.

(3) Jede Regierung, die eine Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde hinterlegt, erklärt sich bei der Hinterlegung zum Ausfuhrmitglied oder zum Einfuhrmitglied.

Artikel 59

Notifikation der vorläufigen Anwendung

(1) Eine Unterzeichnerregierung, die dieses Übereinkommen ratifizieren, annehmen oder genehmigen will, oder eine Regierung, für die der Rat Beitrittsbedingungen festgesetzt hat, die jedoch ihre Urkunde noch nicht hinterlegen konnte, kann dem Verwahrer jederzeit notifizieren, daß sie dieses Übereinkommen von seinem Inkrafttreten nach Artikel 60 an oder, wenn es bereits in Kraft ist, von einem bestimmten Tag an vorläufig voll anwenden wird.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 kann eine Regierung in ihrer Notifikation der vorläufigen Anwendung vorsehen, daß sie dieses Übereinkommen nur im Rahmen ihrer verfassungsrechtlichen und/oder gesetzgeberischen Verfahren anwenden wird. Eine solche Regierung hat jedoch alle finanziellen Verpflichtungen im Zusammenhang mit dem Verwaltungskonto zu erfüllen. Die vorläufige Mitgliedschaft einer Regierung, die diese Notifikation abgibt, darf 12 Monate vom vorläufigen Inkrafttreten dieses Übereinkommens an gerechnet nicht überschreiten. Ist ein Abruf von Mitteln für das Ausgleichslagerkonto innerhalb der 12 Monate erforderlich, so beschließt der Rat über die Rechtsstellung einer Regierung, die nach diesem Absatz vorläufiges Mitglied ist.

Artikel 60

Inkrafttreten

(1) Dieses Übereinkommen tritt am 23. Oktober 1987 oder an einem späteren Tag endgültig in Kraft, wenn bis dahin Regierungen, auf die mindestens 80 v. H. der Nettoausfuhren nach Anlage A entfallen, und Regierungen, auf die mindestens 80 v. H. der Nettoeinfuhren nach Anlage B entfallen, ihre Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde hinterlegt oder die volle finanzielle Verpflichtung nach diesem Übereinkommen übernommen haben.

(2) Dieses Übereinkommen tritt am 23. Oktober 1987 oder an einem Tag vor dem 1. Januar 1989 vorläufig in Kraft, wenn Regierungen, auf die mindestens 75 v. H. der Nettoausfuhren nach Anlage A entfallen, und Regierungen, auf die mindestens 75 v. H. der Nettoeinfuhren nach Anlage B entfallen, ihre Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde hinterlegt oder dem Verwahrer nach Artikel 59 Absatz 1 notifiziert haben, daß sie dieses Übereinkommen vorläufig anwenden und die volle finanzielle Verpflichtung nach diesem Übereinkommen übernehmen werden. Dieses Übereinkommen bleibt höchstens 12 Monate lang vorläufig in Kraft, sofern es nicht nach Absatz 1 endgültig in Kraft tritt oder sofern nicht der Rat nach Absatz 4 etwas anderes beschließt.

(3) Tritt dieses Übereinkommen nicht nach Absatz 2 am 1. Januar 1989 vorläufig in Kraft, so lädt der Generalsekretär der Vereinten Nationen zu dem frühesten ihm möglich erscheinenden Zeitpunkt nach diesem Tag die Regierungen, die eine Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde hinterlegt oder ihm notifiziert haben, daß sie dieses Übereinkommen vorläufig anwenden werden, zu einer Sitzung ein, um zu empfehlen, ob diese Regierungen die erforderlichen Schritte unternehmen sollen, um dieses Übereinkommen untereinander ganz oder teilweise vorläufig oder endgültig in Kraft zu setzen. Wird auf der Sitzung keine Entscheidung erzielt, so kann der Generalsekretär der Vereinten Nationen weitere Sitzungen anberaumen, wenn er dies für zweckmäßig hält.

4. If the requirements for definitive entry into force of this Agreement under paragraph 1 of this article have not been met within 12 calendar months of the provisional entry into force of this Agreement under paragraph 2 of this article, the Council shall, not later than one month before the end of the 12-month period mentioned above, review the future of this Agreement and, subject to paragraph 1 of this article, by special vote, decide:

- (a) To put this Agreement definitively into force among the current members in whole or in part;
- (b) To keep this Agreement provisionally in force among the current members in whole or in part for an additional year; or
- (c) To renegotiate this Agreement.

If no decision is reached by the Council, this Agreement shall terminate at the expiry of the 12-month period. The Council shall inform the depositary of any decision taken under this paragraph.

5. For any Government that deposits its instrument of ratification, acceptance, approval or accession after the entry into force of this Agreement, it shall enter into force for that Government on the date of such deposit.

6. The Executive Director of the Organization shall convene the first session of the Council as soon as possible after the entry into force of this Agreement.

Article 61

Accession

1. This Agreement shall be open for accession by the Government of any State. Accession shall be subject to conditions to be established by the Council, which shall include inter alia a time limit for the deposit of instruments of accession, the number of votes to be held and financial obligations. The Council may, however, grant extensions of time to Governments which are unable to deposit their instruments of accession within the time limit set in the conditions of accession.

2. Accession shall be effected by the deposit of an instrument of accession with the depositary. Instruments of accession shall state that the Government accepts all the conditions established by the Council.

Article 62

Amendments

1. The Council may, by special vote, recommend amendments of this Agreement to the members.

2. The Council shall fix a date by which members shall notify the depositary of their acceptance of the amendment.

3. An amendment shall become effective 90 days after the depositary has received notifications of acceptance from members constituting at least two thirds of the exporting members and accounting for at least 85 per cent of the votes of the exporting members, and from members constituting at least two thirds of the importing members and accounting for at least 85 per cent of the votes of the importing members.

4. After the depositary informs the Council that the requirements for the amendment to become effective have been met, and notwithstanding the provisions of paragraph 2 of this article relating to the date fixed by the Council, a member may still notify the depositary of its acceptance of the amendment, provided that such notification is made before the amendment becomes effective.

5. Any member which has not notified its acceptance of an amendment by the date on which such amendment becomes effective shall cease to be a contracting party as from that date, unless such member has satisfied the Council that its acceptance could not be obtained in time owing to difficulties in completing its constitutional or institutional procedures, and the Council decides

(4) Sind die Voraussetzungen für das endgültige Inkrafttreten dieses Übereinkommens nach Absatz 1 innerhalb von 12 Kalendermonaten nach dem vorläufigen Inkrafttreten dieses Übereinkommens nach Absatz 2 nicht erfüllt, so überprüft der Rat spätestens einen Monat vor Ablauf der 12 Monate die Zukunft dieses Übereinkommens; vorbehaltlich des Absatzes 1 beschließt er durch besondere Abstimmung,

- a) dieses Übereinkommen unter den gegenwärtigen Mitgliedern ganz oder teilweise endgültig in Kraft zu setzen,
- b) dieses Übereinkommen unter den gegenwärtigen Mitgliedern ganz oder teilweise ein weiteres Jahr lang vorläufig in Kraft zu belassen oder
- c) dieses Übereinkommen neu auszuhandeln.

Erreicht der Rat keinen Beschluß, so tritt dieses Übereinkommen mit Ablauf der 12 Monate außer Kraft. Der Rat unterrichtet den Verwahrer von jedem nach diesem Absatz gefaßten Beschluß.

(5) Für jede Regierung, die ihre Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens hinterlegt, tritt es am Tag dieser Hinterlegung in Kraft.

(6) Der Exekutivdirektor der Organisation beraumt die erste Tagung des Rates so bald wie möglich nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens an.

Artikel 61

Beitritt

(1) Dieses Übereinkommen steht der Regierung jedes Staates zum Beitritt offen. Der Beitritt unterliegt vom Rat festzusetzenden Bedingungen, darunter u. a. eine Frist für die Hinterlegung der Beitrittsurkunden, die Anzahl der zustehenden Stimmen und die finanziellen Verpflichtungen. Der Rat kann jedoch Regierungen, die ihre Beitrittsurkunde innerhalb der in den Beitrittsbedingungen festgesetzten Frist nicht hinterlegen können, Fristverlängerungen gewähren.

(2) Der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde beim Verwahrer. In der Beitrittsurkunde wird erklärt, daß die Regierung alle vom Rat festgesetzten Bedingungen annimmt.

Artikel 62

Änderungen

(1) Der Rat kann durch besondere Abstimmung den Mitgliedern Änderungen dieses Übereinkommens empfehlen.

(2) Der Rat setzt einen Tag fest, bis zu dem die Mitglieder dem Verwahrer zu notifizieren haben, daß sie die Änderung annehmen.

(3) Eine Änderung tritt 90 Tage nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem die Annahmefifikationen von Mitgliedern, die mindestens zwei Drittel der Ausfuhrmitglieder umfassen und auf die mindestens 85 v. H. der Stimmen der Ausfuhrmitglieder entfallen, sowie von Mitgliedern, die mindestens zwei Drittel der Einfuhrmitglieder umfassen und auf die mindestens 85 v. H. der Stimmen der Einfuhrmitglieder entfallen, beim Verwahrer eingehen.

(4) Nachdem der Verwahrer dem Rat mitgeteilt hat, daß die Voraussetzungen für das Inkrafttreten der Änderung erfüllt sind, kann ein Mitglied ungeachtet der Bestimmungen des Absatzes 2 über den vom Rat festgesetzten Tag dem Verwahrer noch seine Annahme der Änderung notifizieren, sofern diese Notifikation vor Inkrafttreten der Änderung erfolgt.

(5) Ein Mitglied, das seine Annahme einer Änderung bis zu dem Tag, an dem diese Änderung in Kraft tritt, nicht notifiziert hat, scheidet mit diesem Tag als Vertragspartei aus, sofern es nicht dem Rat überzeugend dargelegt hat, daß die Annahme wegen Schwierigkeiten bei der Durchführung seiner verfassungsrechtlichen oder institutionellen Verfahren nicht rechtzeitig herbei-

to extend for that member the period for acceptance of the amendment. Such member shall not be bound by the amendment before it has notified its acceptance thereof.

6. If the requirements for the amendment to become effective have not been met by the date fixed by the Council in accordance with paragraph 2 of this article, the amendment shall be considered withdrawn.

Article 63

Withdrawal

1. A member may withdraw from this Agreement at any time after the entry into force of this Agreement by giving notice of withdrawal to the depositary. That member shall simultaneously inform the Council of the action it has taken.

2. One year after its notice is received by the depositary, that member shall cease to be a contracting party to this Agreement.

Article 64

Exclusion

If the Council decides that any member is in breach of its obligations under this Agreement and decides further that such breach significantly impairs the operation of this Agreement, it may, by special vote, exclude that member from this Agreement. The Council shall immediately so notify the depositary. One year after the date of the Council's decision, that member shall cease to be a contracting party to this Agreement.

Article 65

Settlement of accounts with withdrawing or excluded members or members unable to accept an amendment

1. In accordance with this article, the Council shall determine any settlement of accounts with a member which ceases to be a contracting party to this Agreement owing to:

- (a) Non-acceptance of an amendment to this Agreement pursuant to article 62;
- (b) Withdrawal from this Agreement pursuant to article 63; or
- (c) Exclusion from this Agreement pursuant to article 64.

2. The Council shall retain any contribution paid to the Administrative Account by a member which ceases to be a contracting party to this Agreement.

3. The Council shall refund the share in the Buffer Stock Account in accordance with article 40 to a member which ceases to be a contracting party owing to non-acceptance of an amendment to this Agreement, withdrawal or exclusion, less its share in any surpluses.

- (a) Such refund to a member which ceases to be a contracting party owing to non-acceptance of an amendment to this Agreement shall be made one year after the amendment concerned enters into force.
- (b) Such refund to a member which withdraws shall be made within 60 days after that member ceases to be a contracting party to this Agreement, unless as a result of this withdrawal the Council decides to terminate this Agreement under paragraph 5 of article 66 prior to such a refund, in which case the provisions of article 40 and paragraph 6 of article 66 shall apply.
- (c) Such refund to a member which is excluded shall be made within 60 days after a member ceases to be a contracting party to this Agreement.

geführt werden konnte, und sofern der Rat nicht beschließt, die für die Annahme der Änderung festgesetzte Frist für dieses Mitglied zu verlängern. Ein solches Mitglied wird durch die Änderung nicht gebunden, bis es deren Annahme notifiziert hat.

(6) Sind die Voraussetzungen für das Inkrafttreten der Änderung bis zu dem vom Rat nach Absatz 2 festgesetzten Tag nicht erfüllt, so gilt die Änderung als zurückgezogen.

Artikel 63

Rücktritt

(1) Ein Mitglied kann jederzeit nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens durch eine an den Verwahrer gerichtete Rücktrittsanzeige von diesem Übereinkommen zurücktreten. Das Mitglied setzt gleichzeitig den Rat von seiner Entscheidung in Kenntnis.

(2) Ein Jahr nach Eingang der Anzeige beim Verwahrer scheidet das Mitglied als Vertragspartei dieses Übereinkommens aus.

Artikel 64

Ausschluß

Stellt der Rat fest, daß ein Mitglied seine Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen verletzt hat, und stellt er ferner fest, daß durch diese Verletzung die Durchführung dieses Übereinkommens erheblich beeinträchtigt wird, so kann er dieses Mitglied durch besondere Abstimmung von diesem Übereinkommen ausschließen. Der Rat notifiziert dies umgehend dem Verwahrer. Ein Jahr nach dem Beschluß des Rates scheidet dieses Mitglied als Vertragspartei dieses Übereinkommens aus.

Artikel 65

Kontenabrechnung mit zurücktretenden oder ausgeschlossenen Mitgliedern oder Mitgliedern, die nicht in der Lage sind, eine Änderung anzunehmen

(1) Nach diesem Artikel regelt der Rat die Kontenabrechnung mit einem Mitglied, das als Vertragspartei dieses Übereinkommens ausscheidet, weil es

- a) nach Artikel 62 eine Änderung dieses Übereinkommens nicht angenommen hat,
- b) nach Artikel 63 von diesem Übereinkommen zurückgetreten ist oder
- c) nach Artikel 64 von diesem Übereinkommen ausgeschlossen worden ist.

(2) Der Rat behält jeden Beitrag ein, der von einem Mitglied, das als Vertragspartei dieses Übereinkommens ausscheidet, in das Verwaltungskonto eingezahlt worden ist.

(3) Der Rat erstattet einem Mitglied, das als Vertragspartei ausscheidet, weil es eine Änderung dieses Übereinkommens nicht angenommen hat, von diesem Übereinkommen zurückgetreten ist oder von diesem Übereinkommen ausgeschlossen worden ist, den Anteil am Ausgleichslagerkonto nach Artikel 40 abzüglich seines Anteils an etwaigen Überschüssen.

- a) Die Erstattung an ein Mitglied, das als Vertragspartei ausscheidet, weil es eine Änderung dieses Übereinkommens nicht angenommen hat, erfolgt innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten der betreffenden Änderung.
- b) Die Erstattung an ein zurücktretendes Mitglied erfolgt innerhalb von 60 Tagen, nachdem das Mitglied als Vertragspartei dieses Übereinkommens ausgeschieden ist, sofern nicht der Rat als Ergebnis dieses Rücktritts beschließt, dieses Übereinkommen nach Artikel 66 Absatz 5 vor einer solchen Erstattung außer Kraft zu setzen; in diesem Fall finden Artikel 40 und Artikel 66 Absatz 6 Anwendung.
- c) Die Erstattung an ein ausgeschlossenes Mitglied erfolgt innerhalb von 60 Tagen, nachdem das Mitglied als Vertragspartei dieses Übereinkommens ausgeschieden ist.

4. In the event that the Buffer Stock Account is unable to settle the payment in cash due under subparagraph (a), (b) or (c) of paragraph 3 of this article without either undermining the viability of the Buffer Stock Account or leading to a call-up of additional contributions from members to cover such refunds, payment shall be deferred until the requisite amount of natural rubber in the Buffer Stock can be sold at or above the upper intervention price. In the event that, before the end of the one-year period specified in article 63, the Council informs a withdrawing member that payment will have to be deferred in accordance with this paragraph, the period of one year between notification of intention to withdraw and the actual withdrawal may, if the withdrawing member so wishes, be extended until such time as the Council informs that member that payment of its share can be effected within 60 days.

5. A member which has received an appropriate refund under this article shall not be entitled to any share of the proceeds of liquidation of the Organization. Nor shall such a member be liable for any deficit incurred by the Organization after such refund has been made.

Article 66

Duration, extension and termination

1. This Agreement shall remain in force for a period of five years after its entry into force, unless extended under paragraph 3 or terminated under paragraph 4 or paragraph 5 of this article.

2. Before the expiry of the five-year period referred to in paragraph 1 of this article, the Council may, by special vote, decide to renegotiate this Agreement.

3. The Council may, by special vote, extend this Agreement by a period or periods not exceeding two years in all, commencing from the date of expiry of the five-year period specified in paragraph 1 of this article.

4. If a new international natural rubber agreement is negotiated and enters into force during any period of extension of this Agreement pursuant to paragraph 3 of this article, this Agreement, as extended, shall terminate upon the entry into force of the new agreement.

5. The Council may at any time, by special vote, decide to terminate this Agreement with effect from such date as it may determine.

6. Notwithstanding the termination of this Agreement, the Council shall continue in being for a period not exceeding three years to carry out the liquidation of the Organization, including the settlement of accounts, and the disposal of assets in accordance with the provisions of article 40 and subject to relevant decisions to be taken by special vote, and shall have during that period such powers and functions as may be necessary for these purposes.

7. The Council shall notify the depositary of any decision taken under this article.

Article 67

Reservations

No reservations may be made with respect to any of the provisions of this Agreement.

In witness whereof the undersigned, being duly authorized thereto, have affixed their signatures under this Agreement on the dates indicated.

Done at Geneva, this twentieth day of March, one thousand nine hundred and eighty-seven, the texts of this Agreement in the Arabic, Chinese, English, French, Russian and Spanish languages being equally authentic.

(4) Ist das Ausgleichslagerkonto nicht in der Lage, die Barzahlungen nach Absatz 3 Buchstabe a, b oder c zu leisten, ohne entweder die Lebensfähigkeit des Ausgleichslagerkontos zu untergraben oder zu einem Abruf zusätzlicher Beiträge von Mitgliedern zur Deckung dieser Erstattungen Anlaß zu geben, so wird die Zahlung aufgeschoben, bis die erforderliche Menge Naturkautschuk im Ausgleichslager zu oder über dem oberen Interventionspreis verkauft werden kann. Teilt der Rat vor Ende der in Artikel 63 vorgesehenen Einjahresfrist einem zurücktretenden Mitglied mit, daß die Zahlung nach diesem Absatz aufgeschoben werden muß, so kann die Einjahresfrist zwischen der Notifikation der Rücktrittsabsicht und dem tatsächlichen Rücktritt auf Wunsch des zurücktretenden Mitglieds so lange verlängert werden, bis der Rat diesem Mitglied mitteilt, daß die Zahlung seines Anteils innerhalb von 60 Tagen erfolgen kann.

(5) Ein Mitglied, das eine angemessene Erstattung nach diesem Artikel erhalten hat, hat keinen Anspruch auf Beteiligung am Liquidationserlös der Organisation. Ein solches Mitglied ist auch nicht für ein der Organisation nach dieser Erstattung entstandenes Defizit haftbar.

Artikel 66

Geltungsdauer, Verlängerung und Außerkraftsetzung

(1) Dieses Übereinkommen bleibt für einen Zeitabschnitt von fünf Jahren nach seinem Inkrafttreten in Kraft, sofern es nicht nach Absatz 3 verlängert oder nach Absatz 4 oder 5 außer Kraft gesetzt wird.

(2) Vor Ablauf der in Absatz 1 genannten Fünfjahresfrist kann der Rat durch besondere Abstimmung beschließen, dieses Übereinkommen neu auszuhandeln.

(3) Der Rat kann durch besondere Abstimmung dieses Übereinkommen um einen oder mehrere Zeitabschnitte von insgesamt höchstens zwei Jahren verlängern, die mit Ablauf der in Absatz 1 bezeichneten Fünfjahresfrist beginnen.

(4) Wird ein neues internationales Naturkautschuk-Übereinkommen ausgehandelt und tritt es während einer Verlängerungszeit für dieses Übereinkommen nach Absatz 3 in Kraft, so tritt dieses verlängerte Übereinkommen mit Inkrafttreten des neuen Übereinkommens außer Kraft.

(5) Der Rat kann jederzeit durch besondere Abstimmung beschließen, dieses Übereinkommen mit Wirkung von einem von ihm bestimmten Zeitpunkt außer Kraft zu setzen.

(6) Ungeachtet des Außerkrafttretens dieses Übereinkommens bleibt der Rat höchstens drei Jahre weiterbestehen, um die Auflösung der Organisation einschließlich der Kontenabrechnung durchzuführen und nach Artikel 40 und vorbehaltlich der einschlägigen Beschlüsse, die durch besondere Abstimmung zu fassen sind, über die Guthaben zu verfügen; während dieser Zeit hat er alle Befugnisse und Aufgaben, die für diese Zwecke notwendig sind.

(7) Der Rat notifiziert dem Verwahrer jeden aufgrund dieses Artikels gefaßten Beschluß.

Artikel 67

Vorbehalte

Vorbehalte zu diesem Übereinkommen sind nicht zulässig.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen an den angegebenen Tagen unterschrieben.

Geschehen zu Genf am 20. März 1987 in arabischer, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Annex A

Shares of individual exporting countries
in total net exports of countries,
as established for the purposes of article 60

	per cent ^{a)}
Bolivia	0.063
Burma	0.381
Cameroon	0.494
Côte d'Ivoire	0.887
Ghana	0.009
Guatemala	0.273
Indonesia	27.363
Liberia	2.304
Malaysia	44.361
Nigeria	0.827
Papua New Guinea	0.107
Philippines	0.241
Sri Lanka	3.842
Thailand	17.253
Viet Nam	1.141
Zaire	0.454
Total	100.000

^{a)} Shares are percentages of total net exports of natural rubber in the five-year period 1981 to 1985.

Anlage A

Anteile der einzelnen Ausfuhrländer
an den Gesamtnettoausfuhren der Länder,
wie sie für die Zwecke des Artikels 60 festgesetzt sind

	vom Hundert ^{a)}
Birma	0,381
Bolivien	0,063
Côte d'Ivoire	0,887
Ghana	0,009
Guatemala	0,273
Indonesien	27,363
Kamerun	0,494
Liberia	2,304
Malaysia	44,361
Nigeria	0,827
Papua-Neuguinea	0,107
Philippinen	0,241
Sri Lanka	3,842
Thailand	17,253
Vietnam	1,141
Zaire	0,454
Insgesamt	100,000

^{a)} Die Anteile sind Vomhundertsätze der Gesamtnettoausfuhren an Naturkautschuk in den fünf Jahren von 1981 bis 1985.

Annex B

Shares of individual importing countries and groups of countries in total net imports of countries, as established for the purposes of article 60

	per cent ^{a)}
Argentina	0.936
Australia	1.146
Austria	0.872
Brazil	1.732
Bulgaria	0.521
Canada	3.344
China	6.996
Costa Rica	0.076
Czechoslovakia	1.604
Egypt	0.274
European Economic Community	25.771
Belgium-Luxembourg	1.209
Denmark	0.123
France	5.257
Germany, Federal Republic of	6.480
Greece	0.299
Ireland	0.168
Italy	4.130
Netherlands	0.442
Portugal	0.343
Spain	3.251
United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland	4.069
Finland	0.267
India	1.092
Iraq	0.077
Jamaica	0.023
Japan	17.540
Madagascar	0.000
Malta	0.000
Mexico	1.782
Morocco	0.195
New Zealand	0.222
Norway	0.110
Panama	0.030
Poland	1.735
Romania	1.472
Sweden	0.422
Switzerland	0.095
Union of Soviet Socialist Republics	6.821
United States of America	24.420
Venezuela	0.425
Total	100.000

^{a)} Shares are percentages of total net imports of natural rubber in the three-year period 1983, 1984 and 1985.

Anlage B

Anteile der einzelnen Einfuhrländer und Ländergruppen an den Gesamtnettoeinfuhren der Länder, wie sie für die Zwecke des Artikels 60 festgesetzt sind

	vom Hundert ^{a)}
Ägypten	0,274
Argentinien	0,936
Australien	1,146
Brasilien	1,732
Bulgarien	0,521
China	6,996
Costa Rica	0,076
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft	25,771
Belgien/Luxemburg	1,209
Dänemark	0,123
Deutschland, Bundesrepublik	6,480
Frankreich	5,257
Griechenland	0,299
Irland	0,168
Italien	4,130
Niederlande	0,442
Portugal	0,343
Spanien	3,251
Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland	4,069
Finnland	0,267
Indien	1,092
Irak	0,077
Jamaika	0,023
Japan	17,540
Kanada	3,344
Madagaskar	0,000
Malta	0,000
Mexiko	1,782
Marokko	0,195
Neuseeland	0,222
Norwegen	0,110
Österreich	0,872
Panama	0,030
Polen	1,735
Rumänien	1,472
Schweden	0,422
Schweiz	0,095
Tschechoslowakei	1,604
Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken	6,821
Venezuela	0,425
Vereinigte Staaten von Amerika	24,420
Insgesamt	100,000

^{a)} Die Anteile sind Vomhundertsätze der Gesamtnettoeinfuhren an Naturkautschuk in den drei Jahren 1983, 1984 und 1985.

Annex C**Cost of the Buffer Stock as estimated
by the President of the United Nations Conference
on Natural Rubber, 1985**

Based on the actual cost of acquiring and operating the existing Buffer Stock of roughly 360,000 tonnes from 1982 until March 1987, the cost of acquiring and operating a Buffer Stock of 550,000 tonnes might be calculated by multiplying this figure by the lower trigger action price of 161 Malaysian/Singapore cents per kilogramme and adding a further 30 per cent thereof.

Anlage C**Kosten des Ausgleichslagers nach Schätzung
des Präsidenten der Konferenz der Vereinten Nationen
über Naturkautschuk von 1985**

Auf der Grundlage der tatsächlichen Kosten des Erwerbs und Betriebs des vorhandenen Ausgleichslagers von ungefähr 360 000 Tonnen von 1982 bis März 1987 ließen sich die Kosten des Erwerbs und Betriebs eines Ausgleichslagers von 550 000 Tonnen durch Multiplikation dieser Zahl mit dem unteren Auslösepreis von 161 malaysischen/singapurischen Cent je kg und Hinzufügen weiterer 30 v. H. davon berechnen.

Beschluß
des Bundesrates

zur

Verordnung über die Gewährung von Vorrechten und Immunitäten an
die Internationale Naturkautschukorganisation

Der Bundesrat hat in seiner 595. Sitzung am 25. November 1988 beschlossen, der Verordnung gemäß Artikel 80 Abs. 2 des Grundgesetzes zuzustimmen.